



# Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
23. Jahrgang | Nr. 1 / 2018

## Seniorenpolitik findet in erster Linie vor Ort statt

Sozialministerin Stefanie Drese schreibt an den „Seniorenkurier“

Liebe Leserinnen und Leser, Mecklenburg-Vorpommern ist ein tolles Land zum Leben – auch und gerade im Alter. Wir wollen als Landesregierung viel dafür tun, dass das Älterwerden in unseren ländlich geprägten Regionen problemlos möglich ist und bleibt. Auch mit Hilfe der aktuellen Beschlüsse im ausverhandelten Koalitionsvertrag auf Bundesebene kommen wir bei diesem Vorhaben ein großes Stück weiter. Die Pflege und die häusliche Versorgung werden verbessert, die Unterstützung für pflegende Angehörige ausgebaut und die Arbeitsbedingungen von Fachkräften und Betreuern in der Pflege so attraktiv gemacht, dass ausreichend Menschen den Pflegeberuf ergreifen, beibehalten und damit die Versorgung sicherstellen. Dazu soll ein Sofortprogramm Pflege und darüber hinaus eine „Konzertierte Aktion Pflege“ zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Situation in der Pflege auf den Weg gebracht werden. Für mich besonders wichtig: Pflegenden Angehörige sollen entlastet werden: Sie erhalten z. B. einen Rechtsanspruch auf Reha-Leistungen und bessere Angebote in der Kurzzeitpflege. Dies sind nur einige der Neuerungen, von denen wir im Pflege-Bereich



Sozialministerin Stefanie Drese

deutlich profitieren können. Nicht zuletzt müssen wir die Herausforderung des demografischen Wandels annehmen und ihn als Chance begreifen. Im Bundesdurchschnitt hat unser Land bereits eine der höchsten Altersstrukturen: Jede vierte Einwohnerin bzw. jeder vierte Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern ist heute bereits älter als 60 Jahre. Die Zahl der Älteren, die nicht mehr erwerbstätig sind, nimmt in starkem Maße zu – sie sind die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. Das heißt, im Jahr 2030 werden 13,9 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in MV unter 20 Jahre alt sein, und der Anteil der über 65-Jährigen wird sich auf 36,2 Prozent erhöhen.

Fortsetzung auf Seite 3

**Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,**

die Benachteiligung der Rentnerinnen und Rentner im Osten ist ja kein Geheimnis mehr. Die geringen Hoffnungen, dass in den Verhandlungen zur GroKo die Rentenangleichung Ost an West vor 2025 noch einmal ein Thema sein könnte, haben sich nun zerschlagen. Die biologische Lösung spart große Summen. Von ursprünglich 800.000 in der DDR geschiedenen Frauen leben jetzt nur noch 300.000 Frauen. 2017 forderte sogar der UN-Menschenrechtsausschuss CEDAW von der Bundesregierung einen Ausgleichsfonds für die Rente dieser Frauen. Der UN CEDAW-Ausschuss will bis März 2019 Ergebnisse sehen. Weitere Berufsgruppen stehen vor ähnlichen Problemen. Im Februar setzte deshalb die Regionalkonferenz der Landesseniorenvertretungen der ostdeutschen Länder und Berlin dieses Thema erneut auf die Tagesordnung. Neben dem Paritätischen und der Volkssolidarität gibt es gegenwärtig nur noch wenige Vertreter, die sich für die Rechte der ostdeutschen Rentner einsetzen. Entsprechend der Resolution des 9. Altenparlaments „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“, wird sich der Landesseniorenbeirat M-V e. V. in die Regionalkonferenz einbringen. Ein weiteres Thema waren die drastisch steigenden Kosten in der stationären Pflege in den ostdeutschen Ländern. Auch hier müssen menschenwürdige Lösungen für Betroffene gefunden werden.

Gegenwärtig diskutieren wir die Leittrträge für das 10. Altenparlament. Meine Bitte an die Delegierten: Beziehen Sie viele Mitglieder der delegierenden Vereine und Verbände mit in diese Diskussion ein. Dazu wünsche ich uns viel Erfolg.

Bernd Rosenheinrich  
Vorsitzender des  
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

### Aus dem Inhalt

Seite	5	<b>Seniorenfreundliche Kommune: Drei der Besten</b>
Seite	24	<b>Aus Landkreisen und Städten</b>
Seite	37	<b>Altersarmut – bittere Realität</b>



Bewohner bepflanzen die Balkonkästen



Gemeinsames Kartenspiel

Vitanas

# AKTIVITÄT SCHENKT LEBENSFREUDE

Vielfältige Freizeit- und Therapieangebote im Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten

An sieben Tagen in der Woche werden im Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten verschiedene Aktivitäten angeboten, aus denen sich jeder Bewohner die für ihn passende auswählen kann. Aktiv zu sein und den Tag sinnvoll gestalten zu können, erfüllt die Senioren mit großer Zufriedenheit.

Hoch im Kurs stehen dabei die sportlichen Angebote. Die Bewohner haben Spaß beim Kegeln, in den Gymnastikgruppen oder beim zielgerichteten, therapeutischen Training zur Sturzprävention.

Um nicht nur den Körper, sondern auch den Geist fit zu halten, werden neben dem regelmäßig stattfindenden Gedächtnistraining wöchentlich Ausflüge in die nähere Umgebung angeboten. Dabei lernen die Bewohner oft Neues kennen, entdecken aber auch Vertrautes wieder.

Jeden Donnerstag erwacht das Sprichwort: „Wo man singt, da lass dich nieder...“ bei der professionell durchgeführten Musiktherapie zum Leben. Dann erfüllen Gitarrenklänge und Bewohnerstimmen das Haus und die Freude am Singen und Musizieren spiegelt sich in den Gesichtern der Senioren wider. Mit großem Engagement probt immer freitags der Bewohnerchor „Silbergrau“ für seine Auftritte im Senioren Centrum. Der nächste ist zur Frauentagsfeier geplant.

Viele Senioren schätzen die Geselligkeit. Sie erfreuen sich an bunten Nachmittagen, Bingo-Abenden, und verschiedenen Festen. Beim gemeinsamen Feiern wird geschwätzt, geschunkelt und gelacht. Bewohner, die es etwas ruhiger mögen oder ihr Zimmer nicht mehr verlassen können, freuen sich über die qualifizierte Einzelbetreuung durch Ergotherapeuten und Alltagsbegleiter. Dabei kann ein wohlriechendes Massageöl genauso zum Einsatz kommen wie ein Kreuzworträtsel oder ein Sträußchen aus dem hauseigenen Kräutergarten.



Ausgelassene Stimmung beim Fasching

Die Möglichkeiten, altbekannte Tätigkeiten oder geliebte Hobbys weiterzuführen oder neue Angebote auszuprobieren sind im Vitanas Senioren Centrum am Schlossgarten vielfältig. Das Leben der Bewohner wird durch die zahlreichen Freizeit- und Therapieangebote aktiv bereichert.



**Ihre Ansprechpartnerin:**  
Evelyn Marten, Centrumsleiterin

**Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten**  
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin  
☎ (0385) 51 19 - 0 | [www.vitanas.de/am-schlossgarten](http://www.vitanas.de/am-schlossgarten)

Fortsetzung von Seite 1

Wir müssen deshalb die Potenziale des Alters mehr denn je erkennen und für uns, für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik nutzbar machen. Voraussetzung dafür ist ein realistisches Altersbild. Leider wird dies in der Öffentlichkeit und insbesondere in der Wirtschaft noch immer nicht ausreichend zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Viele aktuelle Studien belegen mehrheitlich: In unserer heutigen Zeit sind ältere Menschen optimistisch, aktiv und motiviert. Gleichzeitig wurde aber auch gezeigt, dass elf Prozent der 65- bis 85-Jährigen bereits aus eigener Erfahrung die Situation, auf Hilfe und Pflege durch andere angewiesen zu sein, kennen. Diese Erfahrungen nehmen jenseits der 80 Jahre auf 21 Prozent zu. Für beide Gruppen müssen wir Angebote schaffen und Lösungen anbieten, um ihnen ein individuelles, selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in ihrem sozialen Umfeld zu ermöglichen. Dabei gilt es nicht nur, den Gesundheitszu-

stand in den Blick zu nehmen, sondern wir müssen das gesamte Lebensumfeld betrachten.

Eine gute Grundlage für unsere seniorenpolitische Arbeit in den nächsten Jahren bilden die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Den Empfehlungen folgend und entsprechend der Koalitionsvereinbarung 2016 bis 2021 werden wir die Kommunen bei der Weiterentwicklung ihrer kommunalen Pflegeplanungen zu seniorenpolitischen Gesamtkonzepten unterstützen. Themen, wie z. B. eine integrierte Orts- und Entwicklungsplanung, Wohnen zu Hause, Gesundheit, Prävention, Pflege, Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe, werden darin enthalten sein. Unser gemeinsames Ziel ist es, Impulse zu geben, um damit die Voraussetzungen für ein gutes und aktives Leben im Alter zu schaffen. Wir wollen die Lebensbedingungen für alle Menschen, insbesondere für diejenigen, die z. B. auf dem Land und nicht in der Stadt leben, weiter verbessern.

Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Seniorenpolitik findet in erster Linie vor Ort in den Städten und Gemeinden unseres Landes statt. Wie gut dies schon funktionieren kann, davon konnten wir uns zum dritten Mal im Rahmen des Wettbewerbs „Seniorenfreundliche Kommune“ im vergangenen Jahr überzeugen. Ich freue mich darüber, dass sich die Städte und Gemeinden auch in diesem Seniorenkurier vorstellen und über ihre gute seniorenpolitische Arbeit berichten können.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Ihnen allen für das persönliche Engagement und die bisher geleistete Arbeit als Seniorenvertretungen der Landkreise und kreisfreien Städte zu danken. Ich wünsche Ihnen allen viel Freude bei der Umsetzung Ihrer ehrenamtlichen Aufgaben und uns auch weiterhin eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ihre



## Vernehmliche Stimme der Senioren

### Öffentliche Anhörung zum Thema „Armut und Reichtum in Mecklenburg-Vorpommern“

Ende November fand im neuen Plenarsaal des Landtags die 23. Sitzung des Sozialausschusses statt. Einziger Punkt der Tagesordnung war eine öffentliche Anhörung zum Thema „Armut und Reichtum in Mecklenburg-Vorpommern“. Den Vorsitz hatte der Abgeordnete Torsten Koplin von der Fraktion DIE LINKE. Auch Bernd Rosenheinrich, Vorsitzender des Landes seniorenbeirats, war dazu als Experte eingeladen. Er verwies darauf, dass der LSB seit seiner Teilnahme am europäischen Projekt „INCLUSAGE“ zum Thema Altersarmut im Jahr 2009 und 2010 fortlaufend versucht habe, auf die wachsende Armutsgefährdung hinzuweisen. Schon da-

mals sei es „erschreckend gewesen, was Betroffene über ihre konkrete Situation und deren Folgen berichteten“. Die Bereitschaft Betroffener, sich hierzu auszutauschen, nehme jedoch „aus Angst, stigmatisiert zu werden, kontinuierlich ab“. Rosenheinrich berief sich auf verschiedene Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, des Instituts der deutschen Wirtschaft, der Bertelsmann-Stiftung, des Paritätischen Wohlfahrtsverbands und anderer Institutionen sowie von Verbänden und Vereinen und stellte fest: „Mecklenburg-Vorpommern hat zwar die Rote Laterne an Sachsen-Anhalt abgegeben, doch Grund zur Zufriedenheit

bestehe deswegen nicht.“

In der Enquete-Kommission „Älter werden in MV“ hätte Prof. Dr. Tusnel da Tivig eingeschätzt, dass es 80 Prozent der über 65-Jährigen gut ginge, sie Vermögen aufgebaut hätten und über Grund- und Immobilienbesitz verfügten. Mit den verbleibenden 20 Prozent beschäftige man sich jedoch nicht. Im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte empfanden damals viele Menschen ihren Immobilienbesitz eher als wertlosen Klotz am Bein, der sie hindere, in das betreute Wohnen zu wechseln.“ Der vom AWO-Landesverband in Abstimmung mit der

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Landesarmutskonferenz erarbeitete und vorgelegte Forschungsbericht zu Aspekten der Armut in unserem Bundesland sei „von der Politik nicht zur Kenntnis genommen“ worden.

Der Anteil der Grundsicherungsempfänger, hier besonders die Zahl der Männer, wachse kontinuierlich. Daran werde auch der gegenwärtige Mindestlohn nichts ändern. Geradezu zynisch höre sich der Vorschlag an, durch künftigen Wegfall des Solidarzuschlags den Geringverdienern mehr Nettoeinkommen zu sichern. Betriebsrenten seien ebenfalls kein Allheilmittel für höhere Alterseinkünfte bei Geringverdienern. Diskriminierend sei der Umstand, dass die Angleichung des Rentenwerts Ost an West erst 2025 vollzogen werde. „Wer 1990 in Rente gegangen ist, erfährt die Angleichung erst in einem Alter von 100 Jahren.“

Die Landespolitik müsse dem Thema Armut von Kindern, Menschen mit Behinderung, Älteren oder Hartz-IV-Beziehern mehr Aufmerksamkeit widmen. Über die Notwendigkeit eines Armuts- und Reichtumsberichts des Landes werde seit langem diskutiert. Der zuletzt 2005 diskutierte Entwurf sei letztlich aber in einer Schublade verschwunden.

Im weiteren Verlauf der Anhörung betonte der LSB-Vorsitzende, ein zu erarbeitender Armuts- und Reichtumsbericht sei vor allem ein wichtiges Material für die Landkreise und Kommunen. Verdeckte Altersarmut sei weit verbreitet und werde in keiner Statistik erfasst.

Die Abgeordnete Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) merkte an, dass ein Armuts- und Reichtumsbericht des Landes auch eine Hilfestellung für Kommunen sei. Dieser Auffassung schloss sich Bernd Rosenheinrich an. Das Land müsse schon mit Blick auf die Qualitätssicherung bestimmte Vorgaben machen. Er verwies auf die sehr gute Pflege- und Sozialplanung

im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Andere Kommunen hätten hier noch Nachholbedarf, was auch an den zum Teil sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und einer fehlenden einheitlichen Konzeption liege.

### Gegensätze bewusst erzeugt

Mitte Januar beschäftigte sich der Sozialausschuss des Landtags innerhalb der Reihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ mit der Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben. Auch hier nahm der LSB-Vorsitzende das Wort. Er erinnerte daran, dass bereits in der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ der Landesseniorenbeirat gefordert hät-

ten seien auf die finanzielle Unterstützung ihrer Großeltern angewiesen, da die Hartz-IV-Sätze nicht ausreichend seien. Gegensätze – so habe er den Eindruck – würden teilweise bewusst erzeugt, etwa bei der Frage nach Bildung oder höherer Rente. Für ihn handele es sich hierbei nicht um Alternativen, sondern beides sei erforderlich. Bildung sei für Kinder und Jugendliche die Voraussetzung für Chancengleichheit, und ohne auskömmliche Renten gebe es kein Altern in Würde. Rentengerechtigkeit betreffe die junge und die ältere Generation gleichermaßen. Wenn die Renten abgesenkt würden, hätten die jetzt Jugendlichen im Alter noch wesentlich weniger als die derzeiti-



Anhörung zu „Teilhabe und Mitwirkung der Jugend in M-V“

Foto: Landtag M-V

te, die Jugendlichen „stärker in den Fokus politischer Debatten“ zu stellen. Seniorinnen und Senioren hätten nur eine Zukunft, wenn es auch eine Zukunft für die junge Generation und damit für das Land gebe. Die Probleme der älteren und der jungen Generation seien die gleichen, beispielsweise bezahlbarer Wohnraum, Versorgung und die Mobilität.

Alle Schwerpunkte der Enquete-Kommission betrafen auch die junge Generation. Viele Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Fami-

gen Seniorinnen und Senioren.

Der Breitbandausbau sei für ihn ein notwendiger überfälliger Prozess, betonte Rosenheinrich. Er sei rechtzeitig einzuleiten, und aus ihm sei keine Kampagne zu machen. Im Generationendialog sei es auch um die Verantwortung der Schulen gegangen, ihren Jugendlichen diese Teilhabe und Mitwirkung zu ermöglichen. Ein Jugendmitwirkungsgesetz und die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre halte der Seniorenbeirat für sinnvoll und erforderlich. Neben einem seniorenpoli-

tischen Gesamtkonzept bedürfe es in unserem Bundesland auch eines entsprechenden Konzepts für die Jugend. Dies sei nicht auf die kommunale Ebene zu verlagern, wie dies im Koalitionsvertrag vorgesehen sei.

### Regelung nochmals überprüfen

In einer Anhörung des Landtags zur Änderung verschiedener Gesetze im Dezember äußerte sich Bernd Rosenheinrich zum Artikel 3 des Landes-

blindengesetzes. Die Veränderung von Pflegestufen in Pflegegrade bedeute eine Reduzierung des Landesblindengeldes, bemerkte er. „Wenn zum Beispiel ein Pflegegrad 2 zuerkannt werde, der außer der Blindheit noch weitere Einschränkungen der Alltagskompetenz beinhalte, werde das Landesblindengeld gekürzt. Gerade in dieser Pflegestufe seien Blinde aber sehr wohl noch in der Lage, am gesellschaftlichen Leben teilzu-

nehmen und hätten dadurch auch Mehraufwendungen. Daher sei eine Senkung des Landesblindengeldes nicht gerechtfertigt. Diese Regelung müsse nochmals überprüft werden.“

Weitere Informationen, Stellungnahmen und Protokolle zu obigen Themen unter:

<https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/ausschuesse/sozialausschuss/>

## Sie gehören zu den Besten im Land

### Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“: Sternberg, Sanitz und die Insel Poel

*Hervorragend arbeitende Seniorenbeiräte und eine gut funktionierende Zusammenarbeit mit der Verwaltung waren Basis für die Auszeichnung im Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“ Anfang November 2017 (siehe vorigen Seniorenkurier). In der Kategorie Kommunen mit 2000 bis 8000 Einwohnern belegten Sternberg, Sanitz im Landkreis Rostock und die Gemeinde Ostseebad Insel Poel im Landkreis Nordwestmecklenburg die ersten drei Plätze. Wir stellen heute diese drei Preisträger vor:*

#### 1. Platz: Stadt Sternberg

Sternberg überzeugte die Jury insbesondere durch die Beständigkeit, mit der die Stadt die seniorenpolitischen Aspekte berücksichtigt und umgesetzt hat. So hatten die Sternberger Stadtvertreter bereits 1991 den Beschluss gefasst, ein Altenhilfzentrum mit betreutem Wohnen, einer Dauer- und Kurzzeitpflegeeinrichtung, einem Tagespflegeangebot, einer Begegnungsstätte mit einem Seniorenmittagstisch und Essen auf Rädern zu schaffen. Seitens der Stadt wird die Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe gesehen und als kommunale Daseinsvorsorge verstanden, die nur gemeinsam und zielorientiert geschultert werden kann. Die Seniorenarbeit ist integraler Bestandteil der Zusammenarbeit von Stadtvertretung, Stadtverwaltung, Seniorenbeirat, DRK-Seniorenbüro, den Kirchgemeinden und den Vereinen, Verbänden und Organisationen mit ihren spezifischen Angeboten speziell von und für die Seniorinnen und Senioren der Stadt. Ein generationsüber-



*Stolze Preisträger aus Sternberg; rechts Ministerin Stefanie Drese*

greifendes Entwicklungskonzept liegt vor und bildet die Grundlage für eine erfolgsorientierte Arbeit.

Auf Initiative der Stadt wurde gemeinsam mit dem Landkreis ein kooperatives Bürgerbüro in Sternberg installiert. Vor allem ältere Menschen sind Nutznießer dieser bürgerfreundlichen

Verwaltungseinrichtung. Neben gemeindlichen Aufgaben, wie dem Einwohnermeldewesen, werden im Bürgerbüro auch Leistungen angeboten, die dem Landkreis obliegen. Für Beratungsangebote stehen eigene Räum-

*Fortsetzung auf Seite 6*

Fortsetzung von Seite 5

lichkeiten zur Verfügung. Regelmäßig werden dort beispielsweise Sprechzeiten vom Deutschen Mieterbund, einer Krankenkasse und von Pflegeeltern angeboten. Auch eine Rentenberatung findet statt.

Die Jury war beeindruckt von dem wunderschönen Altstadtbereich mit sanierten Häusern und der Kirche, von der Sauberkeit in der Stadt und von ihrer reizvollen Umgebung. Hervorzuheben seien die in der Innenstadt modern hergerichteten Wohnungen, die sich durch die gemeinsam gestalteten Innenhöfe und deren gemeinsame generationsübergreifende Nutzung auszeichnen. Beispielgebend sind auch die rings um die Altstadt kostenfreien und die in der Innenstadt zeitlimitierten Parkplätze, die es auch älteren Menschen erlauben, fußläufig öffentliche Einrichtungen zu besuchen. Nahversorgungseinrichtungen sind zudem allesamt fußläufig erreichbar, Haltestellen des ÖPNV überdacht und mit Sitzgelegenheiten ausgestattet.

Darüber hinaus ist die Vielfältigkeit der Kultur-, Sport- und Vermittlungsangebote des Seniorenbüros des DRKs zu nennen, um ältere Menschen aktiv in das Leben der Stadt zu integrieren. Die finanzielle Absicherung insbesondere des Seniorenbüros der Stadt bietet den Akteuren Sicherheit für die Planung ihrer seniorenfreundlichen Maßnahmen.

Bürgermeister Armin Taubenheim kommentierte: „Gemeinsam hatten sich der Seniorenbeirat, das Seniorenbüro und die Stadt Sternberg mit Unterstützung vieler Vereine um den Titel beworben. Die Ausgangsposition, die wir im Wettbewerb hatten, war sehr gut und wurde über viele Jahre Stück für Stück entwickelt und gestaltet. So können wir auf ein hervorragendes Seniorenbetreuungszentrum, auf Kindergärten, Schulen, eine Vielzahl an Vereinen und auf eine sehr schöne sowie gut entwickelte Infrastruktur verweisen. Das „Generationsübergreifende

Entwicklungskonzept als Leitbild der Stadt Sternberg“ bildete mit Sicherheit einen weiteren wichtigen Baustein im Bewerbungsverfahren. Dieses Leitbild berücksichtigt nicht nur die Belange unserer älteren Generation, sondern auch die unserer Kinder und Jugend. Diese gemeinsame, generationsübergreifende Denk- und Herangehensweise sowie die sehr gute Infrastruktur haben zum Erfolg geführt.“

## 2. Platz: Sanitz

Die Gemeinde Sanitz gehörte bereits 2010 zu den Preisträgern. Mit seinen 17 Ortschaften ist sie ein attraktiver Wohnstandort mit einer gut entwickelten sozialen und technischen Infrastruktur. Es besteht eine gute Verkehrsanbindung zur Hansestadt Rostock. In 55 Vereinen und Interessenverbänden gibt es vielseitige kulturelle und sportliche Angebote für Jung und Alt. Unter der Zielstellung „Arbeiten, leben, wohnen und alt werden in Sanitz“ hat die senienpolitische Strategie der Gemeinde seit 2010 ihre Fortschreibung gefunden. In diesem Jahr wurde ein Senio-

renbeirat berufen, der die Interessen und Belange älterer Menschen vertritt und ihre aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fördert.

Wohnen zu Hause und das „Wohnen bleiben“ mit einer Vielzahl von Angeboten, die von der Wohnberatung bis zu alternativen Wohnformen reichen, ist ein zentrales Handlungsfeld der Gemeinde. Die Anlage des betreuten Wohnens und altersgerechte Wohnungen mit ebenerdiger Terrasse finden großen Zuspruch. Ein Sanitzer Bauunternehmer hat eine spezielle Form eines barrierefreien Wohnhauses entwickelt, das in neuen Wohngebieten Bestandteil des B-Plans wurde. Generationsübergreifende Projekte, wie der „Oma- und Opa Tag“ in den Kindertagesstätten Sanitz und Groß Lüsewitz, „Plattsacker“ – was für das Erlernen der plattdeutschen Sprache im Kindergarten und in der Grundschule steht – sowie Mal- und Keramikzirkel gehören zum Alltag in der Gemeinde. Zwei Gemeinschaftshäuser, eine Bücherei, drei Ortstreffs sowie Sportanlagen und Festplätze stehen den Seniorinnen und Senioren kostenfrei zur Verfügung. Eine wichtige Rolle nimmt der Seniorensport ein, der wöchent-



Freude auch bei den Ausgezeichneten in Sanitz

lich sechs Mal im Gemeindegebiet angeboten wird. Monatlich wird ein Mitteilungsblatt der Gemeinde herausgegeben und kostenlos an alle Haushalte verteilt. Auch die Kirchengemeinde ermöglicht regelmäßig vielfältige Aktivitäten für ältere Menschen.

Die Jury konnte sich bei ihrem Besuch davon überzeugen, dass Sanitz durch ein generationsübergreifendes Leben und Miteinander geprägt ist und sich ältere Menschen hier wohlfühlen.

### „In Sanitz wohnen und zufrieden alt werden“

Ewiger zweiter Sieger? 2007, 2010, 2014 und nun auch 2017 zweite Plätze im Landeswettbewerb als seniorengerechte bzw. familienfreundliche Gemeinde – wenn das keine Kontinuität ist! Erneut stellte sich Sanitz dem landesweiten Wettbewerb. Ein unabhängiger Prüfstand mit der Sicht von außen und eine erfahrene Jury, der man nichts vormachen konnte.

Im Vorfeld eine umfangreiche eigene Bestandsaufnahme. Die alte Bewerbung wird hervorgeholt und verglichen. Was ist besser geworden? Was haben wir Neues geschafft? Gemeindeverwaltung, Ausschüsse, Seniorenbeirat und die Vereine, Kirchengemeindevertreter am runden Tisch. Es geht nicht um Effekthascherei. Natürlich kann mit einem solchen Titel geworben werden: Imagegewinn für die Gemeinde, eine stolze Gemeindevertretung samt Bürgermeister. Erfolg hat bekanntlich viele Väter (und Mütter). Seit der letzten Auszeichnung ist wieder viel geschehen, was die Situation der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Gemeinde verbessert hat. Nicht im Selbstlauf und noch weniger zufällig.

Ein Seniorenbeirat wurde berufen. Auch wenn in der Gemeindevertretung schon reichlich „Grauköpfe“ vertreten sind. Gegen mögliche „Betriebsblindheit“ oder falsche Prioritätensetzung. So wird nicht nur die

Statistik bemüht und demografische Analysen, sondern auch die Stimme der alten Mitbürger gehört, ihre Sorgen, Ängste und Nöte, aber auch ihre Verunsicherung. Ein Dia-Vortrag bei Kaffee und Kuchen, spendiert von der Gemeinde, ist längst nicht mehr das Seniorenprogramm, um zufriedene Alte zu haben. Ähnlich wie beim Klimawandel ist der demografische Wandel mit seinen Erscheinungen nicht morgen und übermorgen aufzuhalten.

In der Gemeinde Sanitz sind fast 40 Prozent der knapp 6000 Mitbürger älter als 60 Jahre. Zuzug, massive Ansiedlungsstrategien, Schulstandort mit allen drei Schulformen und eine gute Infrastruktur ändern nichts daran – die Lebenserwartung hat sich drastisch verändert, die Alten werden immer älter (und das ist gut so!), und auch die Ü-60-Generation, das heißt die jungen Seniorinnen und Senioren, sind in der Gemeinde auf dem Vormarsch. Dieser grundsätzlichen Herausforderung müssen sich fast alle Gemeinden im Lande stellen. Das ist weder einfach nur mit einer Teilnahme am Landeswettbewerb zu bewerkstelligen noch mit dem Trost, dass ja irgendwann alles besser werden wird. Hier bedarf es einer nachhaltigen solidarischen und sozialpolitischen Kraftanstrengung aller Beteiligten einschließlich der Seniorinnen und Senioren. Da braucht es kein Wunschkonzert, sondern einen Plan. In Sanitz stehen für die nächste Zeit die Prioritäten fest: Krankenpflege und Versorgung, barrierefreier und altersgerechter bezahlbarer Wohnraum, spezifische kulturelle Angebote, Altermobilität und die Sorge um die sozial Schwachen in der Gemeinde. „Mit Respekt und Empathie“ war das Motto, sich am letzten Wettbewerb zu beteiligen. Dazu zählten generationsübergreifende Projekte, eine noch aktivere Vereinsarbeit, der Ausbau der altersgerechten kommunalen Infrastruktur und eines lebenswerten altersgerechten Wohnumfeldes.

„In Sanitz wohnen und dabei zufrieden alt werden“ gehörte und gehört auch weiterhin zu den wichtigen strategischen Zielen. Alter hat einen eigenen Wert und in unserer Gemeinde auch Stellenwert. Die ältere Generation in das Ganze eines Gemeinwesens integriert zu wissen macht aus, eine seniorengerechte Gemeinde zu sein. Als Gewerkschafter war Seniorenarbeit schon in meiner aktiven Laufbahn Teil einer integrierten Personengruppenarbeit. Hauptmotiv war dabei nicht die Satzungsvorschrift, sondern der Respekt vor der älteren Generation mit ihren Erfahrungen und Verdiensten, aber auch vielfältigen Interessen. Nicht separieren, sondern integrieren! Ehrenamtlichkeit würdigen, aber auch akzeptieren, dass jemand aus der Ruhestandsgeneration, der keinen vollen Terminkalender hat, ebenso wertvoller älterer Mitbürger oder wertvolle Mitbürgerin ist und einen Anspruch auf Muße, Freizeit und Teilhabe hat. In diesem Sinne wird der Seniorenbeirat der Großgemeinde Sanitz mit ihren 16 weiteren Orten weiterarbeiten, den Erfahrungsaustausch im Kreis Rostock weiter pflegen und nicht nur hoffen, dass alles besser wird, sondern einen Anteil leisten, dass es auch besser werden kann. Selbst beim nächsten 2. Platz im Wettbewerb um die seniorengerechteste Gemeinde. Dass wir dabei nicht allein sind, ist schon ein optimistisch stimmendes Motiv.

*Rüdiger Klein*

*Vorsitzender des Seniorenbeirats*

### 3. Platz:

#### Gemeinde Ostseebad Insel Poel

Die Gemeinde Ostseebad Insel Poel mit ihren 16 Dörfern ist geprägt von einem starken Zusammenhalt und Gemeinsinn ihrer Einwohnerinnen und Einwohner – das war der Eindruck der Jury beim Besuch in Kirchdorf, dem Hauptort der Gemeinde. Hier kennt jeder jeden, unkomplizierte Hilfe funk-

*Fortsetzung auf Seite 8*

Fortsetzung von Seite 7

tioniert und ist selbstverständlich. Seniorinnen und Senioren sind in allen Lebensräumen der Gemeinde aktiv und in hohem Maße bürgerschaftlich engagiert. 23 Vereine, in denen sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Insel Poel engagiert, bieten viele Möglichkeiten interessanter Freizeitgestaltung und Mitwirkung.

Besonders die vielfältigen Aktivitäten des Mehrgenerationenhauses Insel Poel in Trägerschaft des Vereins „Poeler Leben“ haben die Jury beeindruckt. Der offene Treff des Hauses, „Klönstuv“ genannt, ist ein zentraler Ort der Begegnung aller Generationen zum Austausch, zur Vernetzung und bedarfsgerechten Unterstützung.

Das Haus ist in der Woche 35 Stunden für jedermann geöffnet und hält für alle Altersgruppen ein breit gefächertes Angebot an Veranstaltungen bereit. Hier findet man aber auch ein offenes Ohr für Probleme, es werden kleine Hilfen im Alltag vermittelt und die Nachbarschaftshilfe gefördert. Fahrten zum Arzt, Hilfe bei Einkäufen und bei Anträgen sind nur einige Beispiele dafür, was bei Bedarf organisiert werden kann. In einer hervorragend ausgestatteten Fahrradwerkstatt werden ehrenamtlich sogar Fahrräder repariert. Eine ehrenamtliche Demenz-Betreuungsgruppe, bestehend aus 14 Betreuerinnen und Betreuern, wurde aufgebaut. Das Mehrgenerationenhaus hat zudem die Bestätigung als Betreuungsstätte für an Demenz Erkrankte erhalten. Regelmäßig besucht das Gesundheitsmobil des Landkreises die Gemeinde. Sportstätten können zudem kostenlos genutzt werden.

Die Gemeinde ist auch strategisch gut aufgestellt. Ziele wurden definiert und mit konkreten Maßnahmen



Sozialministerin Stefan Drese überreichte Gabriele Richter und Helga Buthz von der Insel Poel den Preis „Seniorenfreundliche Kommune 2017“.

und Handlungsempfehlungen unter setzt. Derzeit arbeitet die Gemeinde gemeinsam mit dem seit neun Jahren bestehenden Seniorenbeirat und dem Verein Poeler Leben an dem Projekt „Wohnen im Alter“, um altersgerechte Wohn- und Betreuungsformen zu ermöglichen. Erwähnt sei hier u. a. das Engagement von Brigitte Kessler, die Mitglied auch im Kreissenorenbeirat ist.

Simone Pless vom Sekretariat FB III des Landkreises Nordwestmecklenburg fügt hinzu:

Bei der Festveranstaltung in Schwerin zeigten sich Bürgermeisterin Gabriele Richter und Helga Buthz vom Verein „Poeler Leben“ glücklich über den dritten Platz. Die Verwendung des Preisgeldes von 500 Euro besprach die Bürgermeisterin mit den Mitgliedern des Vereins „Poeler Leben“ und des Seniorenbeirats. „Unsere Gemeinde wird älter, aber auch das Alter wird im Vergleich zu früher vielfältiger und bunter“, sagte sie. Auf der Insel leben 2522 Menschen, von denen mehr als 37 Prozent das 60. Lebensjahr bereits vollendet haben.

„Die Verankerung guter Angebote und Projekte zur Stärkung der Lebensqualität älterer Menschen ist durch den Verein ‚Poeler Leben‘ als Träger des Mehrgenerationenhauses gegeben“, betonte die Bürgermeisterin. Die Kommune sehe die Seniorenpolitik als wichtige Aufgabe an, die nur gemeinsam gemeistert werden könne. Dabei würden die Gemeindevertretung, Gemeindeverwaltung, der Seniorenbeirat, die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde, die Pflegedienste und der Verein „Poeler Leben“ zusammenarbeiten. Die Vielfältigkeit der Kultur-, Sport- und Beschäftigungsangebote des Mehrgenerationenhauses sei wichtig, um ältere Menschen aktiv ins Leben der Gemeinde zu integrieren. „Die Ministerin würdigte hierbei auch das besondere ehrenamtliche Engagement des Ehepaares Katharina und Edmund Waldner“, sagte Gabriele Richter und betonte: „Unsere Gemeinde wäre ohne unsere ältere Bürgerinnen und Bürger, ohne ihr Engagement und ihre Erfahrung um vieles ärmer.“

**Die Jugend ist die Zeit, Weisheit zu lernen; das Alter die Zeit, sie auszuüben.**

Jean Jacques Rousseau (1712-1778), franz.-schweiz. Philosoph

## Vertrauen, Ansehen und Anerkennung

Seinen 70. Geburtstag beging am 13. Februar der Vorsitzende des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V., Bernd Rosenheinrich. Der Diplom-Ingenieur in der metallverarbeitenden Industrie stammt aus Teuchern im Kreis Hohenmölsen (Sachsen-Anhalt) und war von 2004 bis 2012 Projektmanager und Leiter der Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats. Mit Eintritt in das Rentenalter übernahm er im November 2013 den Vorsitz des LSB. Seitdem hat er sich durch Eigenverantwortung sowie durch selbstständige und zuverlässige Auf-



gabenerfüllung Vertrauen, Ansehen und Anerkennung erworben.

Der umtriebige und motivierende heutige LSB-Vorsitzende ist Kuratoriumsmitglied der Ehrenamtsstiftung des Landes und Leiter der Arbeitsgruppe Seniorensicherheit des Landesrats für Kriminalvorbeugung, um nur einige der vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten zu nennen. Sein Hobby ist das erholsame Schaffen im eigenen Garten; folgerichtig steht Bernd Rosenheinrich seit vielen Jahren auch einem Schweriner Kleingartenverein vor. *ric*

**PS:** Ich bedanke mich bei allen Gratulanten für die zahlreichen schriftlichen und persönlich überbrachten Glückwünsche anlässlich meines 70. Geburtstags recht herzlich. Ich habe mich sehr gefreut. Besonderen Dank auch an die Mitarbeiter der Geschäftsstelle für ihre Hilfe und Unterstützung. *Bernd Rosenheinrich*

## EhrenamtMessen an sechs Standorten

An der Vorbereitung ist seit Beginn auch der Landesseniorenbeirat beteiligt

Zum elften Mal finden in diesem Jahr an sechs Orten die EhrenamtMessen des Landes statt – in Parchim, Stralsund, Rostock, Wismar, Neustrelitz und Greifswald. Schirmherrin ist Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. An der Vorbereitung unter Leitung des Deutschen Roten Kreuzes ist neben weiteren Organisationen seit Beginn 2008 maßgeblich auch der Landesseniorenbeirat beteiligt.

Sozialministerin Stefanie Drese informierte gemeinsam mit Werner Kuhn, Präsident des DRK-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern, am 13. Februar auf der Landespressekonferenz über den bevorstehenden Start der 11. Auflage der EhrenamtMessen im Land und die hohe Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für unsere Gesellschaft.

„Gerade in Zeiten, in denen oft ein kälteres gesellschaftliches Klima konstatiert wird, sind die ehrenamtlich Aktiven enorm wichtig für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft – in Vereinen, Verbänden, Initiativen, im



Sport, in der Freiwilligen Feuerwehr, in sozialen und kirchlichen Einrichtungen, als Vorlesepatte in unseren Kitas oder Pflegeheimen und in unzähligen anderen Funktionen“, so Drese.

Nach Einschätzung der Ministerin ist in den vergangenen Jahren in Mecklenburg-Vorpommern viel zur Unterstützung des Ehrenamtes

*SICH ENGAGIEREN  
ETWAS BEWEGEN*

geschehen: z.B. mit einem Versicherungsschutz vor unzumutbaren Unfall- und Haft Risiken, der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements einschließlich der Weiterbildung für ehrenamtlich Aktive und der Gründung der Ehrenamtsstiftung insbesondere für kleine Vereine und Initiativen.

Mit der Unterstützung und Etablierung des „Gemeinschaftsprojektes EhrenamtMessen“ wird das Ziel verfolgt, ehrenamtliches Engagement stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken und gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen regionalen und örtlichen Initiativen zu fördern.

Drese: „Die EhrenamtMessen stoßen auf eine wachsende Resonanz. Von 2008 bis 2017 präsentierten über 2.800 Aussteller sich und ihre Tätigkeiten auf insgesamt 62 Messen mit rund 76.000 Besucherinnen und Besuchern an wechselnden Standorten. In den Jahren 2016 und 2017 konnte dabei eine deutliche Besuchersteigerung

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

mit jeweils über 12.000 Teilnehmenden registriert werden.“

In diesem Jahr fand die erste EhrenamtMesse am 17. Februar im Haus der Jugend in Parchim statt. In Vertretung des erkrankten Staatssekretärs Nikolaus Voss eröffnete der Abteilungsleiter für Soziales und Integration Hartmut Renken die Messe. Weiterhin wurden die Anwesenden vom stellvertretenden Landrat Wolfgang Schmölling, dem Bürgermeister der Stadt Parchim

Dirk Flörke und dem Präsident des DRK- Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern Werner Kuhn herzlich begrüßt. „Sich engagieren – etwas bewegen“ ist das Motto der EhrenamtMessen. Wer sich freiwillig engagiere, übernehme für sich, für Andere und für unsere Gesellschaft Verantwortung. Deshalb verdiene jeder, der sich ehrenamtlich einbringt, Anerkennung und Respekt, so die Redner.

Auffallend viele junge Familien mit Kindern besuchten die Messe. Besondere Anziehungspunkte waren die

Fahrzeuge und Technik des DRK, der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks und das Kinderschminken. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger konnten einen ersten Eindruck vom Thema Ehrenamt erhalten, sich in generationsübergreifende Netzwerke einbringen sowie das gesamte breite Spektrum von Angeboten für ehrenamtliche Tätigkeit in persönlichen Gesprächen kennen lernen. Meine persönliche Einschätzung: Die EhrenamtMesse in Parchim war ein voller Erfolg.

Bernd Rosenheinrich

## Gäste aus Schweden zu Besuch

LSB und PRO Skane vereinbarten Erfahrungsaustausch und Gegenbesuch

Gegenseitiges Kennenlernen prägte das erste Treffen von Landessenorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V. und PRO (Pensionärernas Riksorganisation), Region Skåne (Schonen) in Südschweden; es fand Anfang Februar in Schwerin im Professor-Clausen-Raum im Haus der Begegnung in Neu Zippendorf statt, wo auch der LSB seine Geschäftsstelle hat. Zu Gast waren vom PRO-Regionalvorstand Solveig Lundgren, die sich in Trelleborg u. a. verdient macht um die Lösung pädagogischer Probleme zwischen den Generationen und aktiv innerhalb der Evangelischen Kirche ist, Sven Englesson aus der Universitätsstadt Lund (dort gibt es Schwedens zweitgrößte Hochschule mit insgesamt 46 000 Studierenden), Kjell-Ove Linell („Ich komme ursprünglich aus Lappland, der schwedischen Provinz mit der singenden Sprache“) und Stig Alund aus der südschwedischen Gemeinde Klippan – dieser, zugleich Leiter der Gruppe, gehört seit 35 Jahren dem PRO-Vorstand an und verfügt über umfangreiche kommunalpolitische Erfahrungen.

Den LSB-Vorstand vertraten neben dem Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich Ilona Mundt-Schalk (Ludwigslust), Monika Schmidt (Warnemünde), Karin Lechner (Wismar), Siegfried Schwinn



Zum ersten Mal in Schwerin: Schwedische Gäste des LSB vor dem Haus der Begegnung.

(Schwerin) und Jürgen Lorenz (Güstrow). Im Mittelpunkt stand eine Text-Bild-Präsentation, erläutert von Bernd Rosenheinrich und übersetzt von Marie Eckert. Die Schwerpunkte Organisationsstruktur, Seniorenmitwirkungsgesetz, Herbst- und Regionaltagungen, Altenparlamente und kommunaler wie landesweiter Austausch mit Politikentscheidern fanden große Aufmerksamkeit bei den Gästen, die ihrerseits informierten, dass in Schonen von einer Million Bewohnern etwa 300 000 das Rentenalter erreicht haben, diese jedoch nur zu etwa 20 Prozent bürgerschaftlich tätig sind. PRO ist die landes-

weit größte Seniorenorganisation, die sich in 26 regionale Gliederungen teilt mit 370 000 Beitrag zahlenden Mitgliedern. PRO Skåne versteht sich als Dach für 140 lokale Vereinigungen mit insgesamt 43 000 Mitgliedern.

Ein kleiner Exkurs führte am Beispiel Wismar in historische Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland. Der Auftakt zu weiteren Begegnungen und einem intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den beiden Seniorenorganisationen nördlich und südlich der verbindenden Ostsee ist damit gegeben. Fest vereinbart wurde ein Gegenbesuch in Schonen. ric

## Wortmeldung:

## Umzug ins Pflegeheim – Was können Angehörige tun?

Der Umzug in ein Pflegeheim ist für Pflegebedürftige sehr schwierig. Aber auch die Angehörigen haben es sich mit dieser Entscheidung oft nicht leicht gemacht. Nach dem Einzug in ein Heim sind Angehörige der wichtigste Ansprechpartner und können viel dazu beitragen, dass die Pflege in neuer Umgebung gut gelingt. Der Übergang gehört zu den schwierigsten Lebensphasen. Hatten Familienmitglieder bisher die Pflege selbst übernommen, empfinden sie jetzt oft Schuldgefühle. Den Einzug ins Pflegeheim aktiv zu begleiten kann es für sie leichter machen.

Vor allem in der ersten Phase der Eingewöhnung hilft es enorm, wenn sich Angehörige als Ansprechpartner zur

Verfügung halten. Ehepartner oder Kinder kennen den Pflegebedürftigen am besten und können entscheidend dazu beitragen, dass die Pflegekräfte mit dem neuen Heimbewohner vertraut werden. Das ist die beste Voraussetzung für gute und liebevolle Betreuung.

Für jeden Heimbewohner bedeuten im Heimalltag die Besuche von geliebten Menschen einen Höhepunkt. Angehörige können mit ihnen Spaziergänge, Bewegungsübungen oder Gesellschaftsspiele machen, für die die Pflegekräfte in der Regel keine Zeit haben. Außerdem empfiehlt es sich, auch Freunde und Nachbarn zum Besuchen zu motivieren. Wenn das soziale Umfeld bestehen bleibt, fällt es

dem neuen Heimbewohner viel leichter, den Umzug zu akzeptieren. Im Umgang mit dem Pflegepersonal sollte man Respekt zeigen und Kritik freundlich vorbringen. Es bietet sich auch die Möglichkeit, die Arbeit im Heim zu unterstützen, etwa bei der Organisation von Ausflügen oder Heimfesten. Auch im Heimbeirat kann man sich als Angehöriger engagieren. Jedes gut geführte Heim wird die Eigeninitiative der Angehörigen stets befürworten und unterstützen.

Von einem guten Zusammenwirken profitieren alle Beteiligten: das Pflegeheim, die Angehörigen und nicht zuletzt der Pflegebedürftige.

*Siegfried Schwinn*

## Erinnerung an Dr. Günter Schmidt

Dr. Günter Schmidt, ehemaliges Mitglied des Seniorenbeirats der Hansestadt Stralsund, ist tot. Er starb am 29. Januar im Alter von 83 Jahren (geboren am 27. Juni 1936). Die Stadt verliert mit ihm eine Persönlichkeit, die sich im Ehrenamt über Jahre engagiert für das Gemeinwohl eingesetzt hatte. Günter Schmidt, promovierter Mathematiker, war 1993 Mitbegründer und seitdem Mitglied des Seniorenbeirats, delegiert vom Ortsverband Stralsund des Sozialverbands VdK. In



einem vom Beiratsvorsitzenden Dr. Georg Weckbach unterzeichneten Nachruf heißt es: „Als langjähriges Vorstandsmitglied des Seniorenbeirats hat Dr. Günter Schmidt erheblichen Anteil an der Entwicklung der Interessenvertretung der älteren Menschen zu einem arbeitsfähigen Gremium, das in der Stadt Beachtung und Anerkennung erlangte. Unter seiner Leitung erhielt der Seniorenbeirat eine Satzung und Rahmenbedingungen, die Recht und Gesetz entsprachen.“

An der Gründung des Landesseniorenbeirats vom 8. bis 10. November 1994 in Plau war auch Günter Schmidt maßgeblich beteiligt und gehörte seitdem bis 1999 dem Vorstand als Schriftführer an. Als Delegierter nahm er an Altenparlamenten des Landes teil und arbeitete an Themen der Sozial- und Altenpolitik mit. „Durch seine ruhige und ausgleichende Art wurde Dr. Günter Schmidt dem Grundsatz des Seniorenbeirats stets gerecht, eine Interessenvertretung von Senioren für

Senioren, politisch, weltanschaulich und konfessionell neutral und somit unabhängig, zu sein“, heißt es im Nachruf. „Die Mitglieder des Seniorenbeirats werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.“

Heinz Rösel, von 1996 bis 2003 Vorsitzender des Landesseniorenbeirats, erinnert sich an eine „intensive, zuverlässige Zusammenarbeit und ein sehr gastfreundliches Zuhause“ Er sei ein „liebenswürdiger Mensch“ gewesen.

*ric*

## Antrag aus M-V fand Mehrheit

Arbeits- und Sozialministerkonferenz stimmte Initiative für gleichen Pflegemindestlohn zu

Großer Erfolg für Mecklenburg-Vorpommern: Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz des Bundes und der Länder (ASMK) hat in Potsdam den von Sozialministerin Stefanie Drese eingebrachten Antrag für gleiche Mindestentgelte Ost und West in der Pflege mehrheitlich beschlossen. (Siehe auch vorigen *Seniorenkurier*.) Damit wird nun die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die bisherige regionale Differenzierung bei der Festsetzung der Mindestentgelte in der Pflege aufgibt. Dazu bedarf es einer Änderung des Arbeitnehmerentwärtengesetzes, da das Bundessozialmi-

nisterium nach der aktuellen gesetzlichen Ausgestaltung die Empfehlung der Pflegekommission des Bundes nur unverändert in die Rechtsordnung übernehmen kann. Die Dritte Pflegekommission des Bundes hat einen unterschiedlichen Mindestlohn in der Pflege bis 2020 festgeschrieben (West 2020: 11,35 Euro / Ost 2020: 10,85 Euro).

„Der Einsatz für gleiche Pflegemindestlöhne hat sich gelohnt. Ich bin dankbar, dass auch einige westdeutsche Länder unserem Antrag gefolgt sind“, zeigte sich Ministerin Drese erfreut. „Ich hoffe nun, dass es zu einer raschen Angleichung kommt. Es gibt

keine sachliche Rechtfertigung mehr für eine regionale Differenzierung. Das ist 30 Jahre nach der Einheit den Menschen im Osten einfach nicht mehr vermittelbar.“ Auch der zweite von Mecklenburg-Vorpommern eingebrachte Antrag zur Einführung einer bundesweiten Wohnungslosen-/Wohnungslosennotfallstatistik wurde von der ASMK beschlossen. „Ich verspreche mir dadurch eine bessere Verhinderung und Bekämpfung der Wohnungslosigkeit und der damit einhergehenden sozialen Problemlagen“, so die Ministerin. ■

## Ehrenamtskarte in Sichtweite

Lenkungsgruppe bereitet Gesamtkonzept für den Landtag vor

Die Arbeitsgruppe zur Ausgestaltung einer landesweiten Ehrenamtskarte hat vor kurzem ihre Arbeit aufgenommen. Ab April ist auf mehreren Bürgerforen eine breite Bürgerbeteiligung vorgesehen. Dabei werden Wünsche und Anregungen der Engagierten erfasst. Das

Konzept wird anhand der Rückmeldungen weiterentwickelt und von der Arbeitsgruppe begleitet. Das Gesamtkonzept soll nach der Sommerpause in die Anhörungen gehen und nach dem Kabinettsbeschluss voraussichtlich Ende Oktober dem Landtag zugeleitet

werden. Ab wann die landesweite Ehrenamtskarte dann eingeführt werden kann, hängt vom parlamentarischen Beratungsverlauf, den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und der Ausgestaltung der Vergünstigungen mit den potentiellen Anbietern ab. ■

## Chancen für behinderte Menschen

Landtag beschließt landesrechtliche Umsetzung wichtiger sozialpolitischer Reformvorhaben

Der Landtag verabschiedete kürzlich das Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) und anderer Gesetze in zweiter Lesung. „Hinter diesem sperrigen Titel verbirgt sich die landesrechtliche Umsetzung bedeutsamer sozialpolitischer Reformvorhaben, die positive Auswirkungen auf viele Tausend Menschen in Mecklenburg-Vorpommern hat“, betonte Sozialministerin Stefanie Drese vor dem Landtag.

Sie hob dabei neben den Pflegestärkungsgesetzen besonders das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen hervor. Es eröffne Chancen, im eigenen Leben mehr selbst bestimmen und besser am Arbeitsleben teilhaben zu können.

„Das Thema umtreibt mich sehr“, sagte die Ministerin. „Unsere Gesellschaft muss viel stärker als bisher die Potenziale von Menschen mit Behinderungen erkennen und fördern.“ Sie wies

darauf hin, dass bereits zum 1. Januar 2017 Verbesserungen bei der Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten in Kraft getreten seien. Seit diesem Jahr gelte u. a. ein neues Teilhabeplanverfahren. Damit ist ein einziger Rehabilitationsantrag ausreichend, auch wenn mehrere Ämter, etwa Sozialamt, Integrationsamt oder der Rentenversicherungsträger, für die einzelnen Teilhabeleistungen zuständig sind. ■

# Den Opfern eine Stimme geben

Landesweiter Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in Züssow

Seit 2008 steht der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus in unserem Bundesland auch im Zeichen einer lange Zeit tabuisierten und verschwiegenen Opfergruppe: der Menschen mit psychischen oder anderen Erkrankungen, geistigen und körperlichen Behinderungen, die innerhalb der Erbgesundheitsgesetze und der so genannten T4-Aktionen während des Nationalsozialismus umgebracht oder dauerhaft geschädigt wurden. Der Landesverband Sozialpsychiatrie Mecklenburg-Vorpommern organisierte in diesem Jahr mit dem Pommerschen Diakonieverein e. V. in Züssow die zentrale Gedenkveranstaltung. Aus den Kückenmühler Anstalten der Inneren Mission in Stettin war von April bis Juni 1940 die Deportation der rund 1500 Bewohnerinnen und Bewohnern erfolgt; offiziell wurden sie „verlegt“.

Die Gedenkveranstaltung am 27. Januar wurde mit einer Andacht in der Zwölfapostelkirche Züssow begonnen. Anschließend überbrachten der Staatssekretär für Vorpommern, Patrick Dahlemann, die Landrätin des Kreises Vorpommern-Greifswald, Dr. Barbara Syrbe, sowie eine Vertreterin des Polnischen Instituts Berlin Grußworte. Interessante Redebeiträge von Dr. Michaels Bartels zum „Ende der Kückenmühler Anstalten“; Dr. med. Dr. phil. Sabine Saloch zur „Forschung am und mit Menschen – Medizinische Forschungsethik im 20. und 21. Jahrhundert“ sowie die Redebeiträge von Menschen mit „Psychatrieerfahrungen heute“ gaben den Teilnehmenden einen tiefen Einblick in die Problematik. Den Abschluss bildeten eine Mahnmaleinweihung und die Kranzniederlegung auf dem Gelände des Pommerschen Diakonievereins e.V. Mit einem auf den 1. September 1939, den Tag des Kriegsbeginns, zurückdatierten Schreiben ermächtigte Hit-



*Ehrendes Gedenken in Züssow*

ler den Leiter seiner Kanzlei, Bouhler, und den „Begleitarzt des Führers“ Karl Brandt als medizinischen Fachmann mit der organisatorischen Durchführung der als „Euthanasie“ verbrämten Tötung von „lebensunwertem Leben“. Das Schreiben auf Hitlers privatem Briefpapier hatte folgenden Wortlaut: „Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“ Das nationalsozialistische Regime leitete die so genannte „Euthanasie-Aktion T 4“ ein.

Der reichsweit gesteuerten Massentötung von kranken und behinderten Menschen fielen zwischen Anfang 1940 und August 1941 über 70.000 Menschen zum Opfer. Die Ermordung mit Gas in Anstalten wie Brandenburg/Havel, Pirna oder Grafeneck gilt als Vorstufe für den später einsetzenden Holocaust an den europäischen Juden. Aufgrund öffentlicher Proteste stellten die Nazis die Massentötungen formal ein, setzten sie aber bis Kriegsende 1945 dezentral und auf andere Weise fort. Die geschätzte Gesamtzahl liegt bei 300.000 Toten. „125 Mark sind die Ausgaben für ein

gesundes deutsches Schulkind. Um wieviel Prozent teurer kommt dem deutschen Volk ein Geisteskranker oder Krüppel?“ – So lautete eine Rechenaufgabe in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Nazis verfolgten und ermordeten Kranke und Menschen mit Behinderung ebenso wie Juden und andere Gruppen. Sie hielten sie für „lebensunwertes Leben“, für „Parasiten am deutschen Volkskörper“. Daher planten sie ihre schrittweise Ermordung. Ermordet, weil sie eine Lernbehinderung hatten, einen Sprachfehler oder einfach nur „anders“ waren: Während des NS-Regimes mussten Zehntausende sterben, weil sie nicht Hitlers Idealbild eines „guten Deutschen“ entsprachen. „Euthanasie“ nannten die Nationalsozialisten das, den „schönen Tod“ – und verschleierten damit die systematische Vernichtung von Menschen mit einer geistigen Behinderung oder psychischen Krankheit. (Quelle: planet wissen)

ERINNERN, BETRAUERN, WACHRÜTTELN – es war eine Veranstaltung, die die vergessenen Opfer wieder sichtbar werden ließ, die aufklärte, mahnte und die Impulse für wichtige sozialpolitische und psychiatrische bzw. medizinische ethische Fragestellungen der heutigen Zeit gibt.

*Brigitte Seifert*

# Spitze der ostdeutschen Länder

40 Prozent der Menschen sind freiwillig engagiert – ein herausragendes Ergebnis

Anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamts hob Sozialministerin Stefanie Drese die Leistungen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland hervor, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich in Organisationen, Initiativen, Vereinen, Verbänden, Unternehmen oder Stiftungen engagieren. „Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich durch eine besonders große Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement aus“, betonte sie. Gut 40 Prozent der über 14-Jährigen seien freiwillig engagiert. „Diese Quo-

te ist in den vergangenen 15 Jahren stark gestiegen, und damit sind wir in Ostdeutschland Spitze.“ Das bürgerschaftliche Engagement des Einzelnen sei „gerade in der heutigen Zeit enorm wichtig für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft – angefangen bei der Freiwilligen Feuerwehr über die Kinder-, Jugend-, Seniorenarbeit, den Sport, die Kultur und den Umweltschutz bis hin zur Nachbarschaftshilfe.“ Für die Landesregierung sei die Schaffung guter Rahmenbedingungen von

zentraler Bedeutung, um das Ehrenamt weiter zu stärken und eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu etablieren. Dazu gehöre auch eine bedarfsgerechte Infrastruktur, wie z. B. Nachbarschafts- und Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser und Freizeittreffs, ebenso wie hauptamtliche Ansprechpartner und -partnerinnen in den Verwaltungen, Vereinen, Verbänden und Organisationen. Als nächstes soll eine landesweit gültige Ehrenamtskarte eingeführt werden. ■

## Sendungen selbst gestaltet

Auch Senioren lernen Umgang mit Kamera, Licht und Mikrofon

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV) fördert in diesem Jahr knapp 20 Projekte im ganzen Land, in denen Medienbildung und Medienkompetenz vermittelt werden. Das beschloss der Medienausschuss, das Entscheidungsgremium der Medienanstalt. Insgesamt stehen rund 200.000 Euro zur Verfügung. Unterstützt werden

Projekte, in denen Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Seniorinnen und Senioren den praktischen Umgang mit Kameras, Licht und Mikrofonen erlernen, um dann Fernseh- und Filmbeiträge beziehungsweise eigene Radiosendungen zu produzieren, die auch in den Programmen der Offenen Kanäle des Landes gesendet werden können. Dabei lernen

sie u. a., wie unterschiedliche Medien funktionieren, wie man kritisch mit Medien umgehen sollte und welche medialen Manipulationen möglich sind. Verstärkt gefördert werden auch Medien-Projekte über das Internet, Computerspiele und die so genannten sozialen Netzwerke, ebenso Seminare über Mediensucht und Cybermobbing. ■

## Wie machen es die Anderen?

3. Medienpolitischer Abend in den Offenen Kanälen Rostock und Schwerin

Ein TV-Bericht über den dritten Medienpolitischen Abend, auf dem in Schwerin etwa 50 Teilnehmende über aktuelle Medienthemen diskutierten, ist seit kurzem in den Programmen der Offenen Kanäle der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin und Rostock sehen. Fernsehen in Schwerin: [https://www.fernsehen-in-](https://www.fernsehen-in-schwerin.de/programm/aktuelles-programm.html)

[schwerin.de/programm/aktuelles-programm.html](https://www.fernsehen-in-schwerin.de/programm/aktuelles-programm.html) Rostocker Offener Kanal Fernsehen (rok-tv): <https://www.rok-tv.de/programm/aktuelles-programm.html>. Der Beitrag ist ebenfalls in der Mediathek der Medienanstalt M-V zu finden: <https://mmv-mediathek.de/play/24048-3-medienpolitischer-abend.html>. Bezugnehmend auf die

Entwicklungen in anderen Bundesländern und die bevorstehende Evaluierung der „Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“ wurde gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Verwaltung die Zukunft der Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern betrachtet. ■

**Humor ist der Knopf, der verhindert, dass uns der Kragen platzt.**

*Joachim Ringelnatz (1883-1934), dt. Dichter und Kabarettist (eigentlich: Hans Böttcher)*

Blick zum Nachbarn – Schleswig-Holstein:

## Mehr Personal in der Pflege

Im vergangenen Jahr machten in unserem benachbarten Bundesland beim Thema Pflegenotstand Meldungen die Runde, wonach an einigen Krankenhäusern im Land Operationen abgesagt und ganze Stationen geschlossen werden mussten – wegen Personalmangels. Vor diesem Hintergrund forderte der Landtag einmütig vom Bund strengere Standards. Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein *Der Landtag* berichtete:

Birte Pauls (SPD) regte eine gesetzliche Regelung dazu an, wieviel Patienten eine Pflegekraft höchstens betreuen dürfe. Erst wenn genügend Personal auf der Station und der Dienstplan verlässlich seien, „dann bleiben die Pflegekräfte auch wieder in diesem eigentlich wunderbaren Beruf“.

Der Bund habe bereits reagiert, betonte Katja Rathje-Hoffmann (CDU). Sie verwies auf das Pflegestellen-Förderprogramm in Höhe von 660 Millionen Euro für die Jahre 2016 bis 2018 und den Pflegezuschlag von jährlich 500 Millionen Euro für mehr Personal. Zudem seien strikte Personaluntergrenzen erforderlich, „weil einige Kliniken in der Vergangenheit sehr gespart haben“. Allerdings, so mahnte Dennys Bornhöft (FDP), könne man nicht „mit einem Federstrich eine Vielzahl neuer ausgebildeter Pflegekräfte“ anwerben. Er forderte die Kliniken auf, Tariflöhne zu zahlen, um den Job attraktiver zu gestalten.

Frank Brodehl (AfD) monierte ebenfalls die schlechte Bezahlung in der Branche: „Eine Krankenschwester beziehungsweise -pflegerstunde kann nur deshalb so viel weniger kosten als

eine Monteurstunde, weil unter teils menschenunwürdigem Zeitdruck gearbeitet wird“. Und Flemming Meyer (Südschleswiger Wählerverbund SSW) forderte mehr Landesgeld für die Krankenhäuser. Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) kritisierte die bundesweit unterschiedlichen Fallpauschalen für die Kliniken, die im Norden besonders niedrig ausfielen. Er kündigte für dieses Jahr eine Million Euro zusätzlich für Schulplätze in der Altenpflege an.

Marret Bohn (Grüne) wies darauf hin, dass es in wenigen Jahren bereits 125 000 Pflegebedürftige im Land geben werde. Derzeit sind es 89 000. Die Folge: Fachkräftemangel. Im Jahr 2035 könnte es deutschlandweit insgesamt 270 000 Pflegekräfte zu wenig geben. ■

## Rezepte für die sichere Rente

„Am Ende jahrzehntelanger Arbeit steht für viele Menschen eine spärliche Rente“, stellt die Parlamentszeitschrift *Der Landtag* fest. „Wie kann die Politik gegensteuern?“ Im Landtag Schleswig-Holstein – so das Medium weiter – lagen im Landtag verschiedene Konzepte gegen Altersarmut auf dem Tisch: etwa die Garantie-Rente, die private Vorsorge oder die Finanzierung des Rentensystems über Steuern.

Die SPD fordert, ein Rentenniveau von mindestens 48 Prozent des letzten Nettoeinkommens festzuzurren und gleichzeitig den Beitragssatz von heute 18,7 Prozent bei 22 Prozent zu deckeln. Fraktionschef Ralf Stegner warb für eine „Solidarrente“, die „sich deutlich von der Grundsicherung abhebt“. Und: Das Rentenalter soll nicht über 67 Jahre hinaus erhöht werden.

„Wir müssen jetzt handeln, damit das Rentenniveau 2030 nicht bei 43 Prozent liegt“, so Stegner. Eine „Mindestrente“ wäre auch für Flemming Meyer (SSW) ein richtiger Schritt. Der „große Wurf“ sei allerdings ein Systemwechsel zu einer steuerfinanzierten Rente nach dänischem Vorbild.

CDU, Grüne und FDP betonten, dass „jeder Schritt zur Vollbeschäftigung auch ein Schritt zur besseren Finanzierung der Renten ist“. Eine Anhebung des Rentenalters „streben wir nicht an“, heißt es in dem gemeinsamen Antrag. „Daneben werden aber auch private Vorsorge und betriebliche Alterssicherungselemente von Bedeutung sein“, unterstrich Werner Kalinka (CDU). Das sah auch Dennys Bornhöft (FDP) so: „Wer sich hinstellt und sagt, die gesetzliche Rentenversicherung allein wird für ein gesi-

chertes Einkommen im Alter sorgen, versündigt sich an der jungen Generation.“ Wichtig sei es zudem, Menschen mit niedriger Rente „in Zukunft nicht mehr zum Sozialamt zu schicken“, sagte Sozialminister Heiner Garg (FDP).

Ein Grund für geringe Rentenansprüche, so Frank Brodehl (AfD): „Die prekären Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor steigen und steigen.“ Um gegenzusteuern, forderte er eine „gesetzlich festgeschriebene Obergrenze an Zeitarbeitsverträgen in allen Betrieben“. Die Grünen-Abgeordnete Marret Bohn wies darauf hin, dass Altersarmut insbesondere Frauen treffe. In Schleswig-Holstein hätten Männer eine Durchschnittsrente von 1098 Euro, Frauen jedoch nur von 603 Euro. Niedrigrenten seien „Sprengstoff für unsere Gesellschaft“. ■

# Was bewirkt Cholesterin in der Ernährung?

## Vorbeugung und Behandlung einer Fettstoffwechselstörung

„Sie haben einen zu hohen Cholesterin-Wert im Blut; essen Sie weniger Fett!“ Diesen oder einen ähnlichen Satz hören einige Patienten im fortgeschrittenen Alter irgendwann von ihrem Arzt. Doch was kann man bei einem erhöhten Cholesterin-Wert im Blut mit der Ernährung ausrichten? Zunächst muss der Cholesterin-Stoffwechsel betrachtet werden. Cholesterin – oder Cholesterol, wie es wissenschaftlich korrekt heißt – wird nicht nur mit der Nahrung aufgenommen, sondern vor allem von der Leber selbst gebildet. Es dient als Ausgangsstoff für sehr viele wichtige Stoffe im Körper, u. a. für Zellmembranen, Hormone wie z. B. Geschlechtshormone und Stresshormone, Vitamin D und auch Gallensäuren.

Da Cholesterol nicht wasserlöslich ist, muss es an Transport-Proteine gebunden werden, um über das Blut zu den Körperzellen transportiert werden zu können. Somit entstehen so genannte Lipoproteine, die verschiedene Funktionen haben. Die wichtigsten Vertreter sind das HDL-Cholesterol und das LDL-Cholesterol. Das LDL transportiert Cholesterol zu den Körperzellen, die es gerade benötigen, während das HDL das Cholesterol zurück zur Leber schafft. Wenn sich dauerhaft zu viel LDL-Cholesterol im Blut befindet, können die Zellen es nicht mehr vollständig aufnehmen, und das überschüssige Cholesterol lagert sich in den Blutgefäßwänden ab. Dies kann langfristig zu einem Gefäßverschluss oder zur Bildung eines Blutgerinnsels führen. Geschieht ein solcher Gefäßverschluss in einem Herzkranzgefäß, kann es schlimmstenfalls zum Herzinfarkt kommen.

Es gibt verschiedene Fettstoffwechselstörungen, also Erkrankungen, die Aufnahme, Transport, Stoffwechsel, Bereitstellung, Abbau oder Ausscheidung von Fetten beeinflussen. Häufig wird zur Diagnose zunächst der Gesamt-Cholesterol-Wert im Blut bestimmt und anschließend der Spiegel von LDL- und HDL-Cholesterol. Sehr oft findet sich dann ein zu hoher LDL-Cholesterol-Spiegel im Blut. Die Ursachen können ernährungs-, aber auch genetisch bedingt sein. Es gibt z. B. eine Erbkrankheit, die familiäre Hypercholesterinämie, bei der der Körper das LDL-Cholesterol nicht aus dem Blut in die Organe transportieren kann, weil ein bestimmter Rezeptor (so nennt man einen Transporter, der einen Stoff durch die Wände der Blutgefäße schleust) dafür krankhaft verändert ist. Bei dieser Erkrankung ist der Einfluss der Ernährung deutlich geringer, aber auch hier leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung. In solchen Fällen ist aber häufig auch eine zusätzliche medikamentöse Behandlung notwendig.

Für die Vorbeugung und Behandlung einer Fettstoffwechselstörung ist nicht vorrangig die Gesamtfettzufuhr entscheidend, sondern die Fettqualität. Nahrungs-Fette können in verschiedene Gruppen aufgeteilt werden – je nachdem, welche Art von Fettsäuren (den Grundbausteinen eines Fettes) enthalten sind. Man unterscheidet u. a. ungesättigte Fettsäuren, gesättigte Fettsäuren und Trans-Fettsäuren. Ungesättigte Fettsäuren finden sich in pflanzlichen Lebensmitteln, wie Pflanzenöle, sowie in Fisch. Gesättigte Fettsäuren sind in tierischen Lebensmitteln, wie Fleisch, Wurst und Milchprodukten, enthalten, aber auch in Kokos- und Palmfett. Trans-Fettsäuren sind in geringer Menge in tierischen Produkten natürlicherweise vorhanden, in großen Mengen aber in gehärteten Pflanzenfetten sowie frittierten Lebensmitteln, Backwaren und Fertiggerichten. Sowohl Trans-Fettsäuren als auch gesättigte Fettsäuren können den LDL-Cholesterol-Spiegel erhöhen, während ungesättigte Fettsäuren ihn senken können.

Dennoch sollte auch insgesamt mit Fett sparsam umgegangen werden, da eine übermäßige Fettzufuhr zu Übergewicht beitragen kann. Es reichen insgesamt 60 bis 80 Gramm Fett täglich aus. Es sollten daher fettarme Milch- und Milchprodukte sowie fettarmer Käse bevorzugt werden. Wöchentlich sollte man maximal 600 Gramm fettarmes Fleisch oder fettarme Wurst verzehren und bis zu drei Eier (inklusive verarbeitetem Ei). Eier sind also durchaus erlaubt, aber in Maßen!

Aber nicht nur die Fettqualität, sondern auch die Zufuhr anderer Nähr-

stoffe sind wichtig für die Vorbeugung und Behandlung einer Fettstoffwechselstörung.

Dennoch sollte auch insgesamt mit Fett sparsam umgegangen werden, da eine übermäßige Fettzufuhr zu Übergewicht beitragen kann. Es reichen insgesamt 60 bis 80 Gramm Fett täglich aus. Es sollten daher fettarme Milch- und Milchprodukte sowie fettarmer Käse bevorzugt werden. Wöchentlich sollte man maximal 600 Gramm fettarmes Fleisch oder fettarme Wurst verzehren und bis zu drei Eier (inklusive verarbeitetem Ei). Eier sind also durchaus erlaubt, aber in Maßen!

Aber nicht nur die Fettqualität, sondern auch die Zufuhr anderer Nähr-

stoffe sind wichtig für die Vorbeugung und Behandlung einer Fettstoffwechselstörung.



DGE-Ernährungskreis

stoffe haben einen Einfluss auf die Blutfettwerte. So erscheint ein hoher Verzehr einfacher Kohlenhydrate (Zucker) aus zuckergesüßten Limonaden, Säften und Süßigkeiten durchaus problematisch. Bei einem Überschuss werden sie in der Leber zu Fettsäuren abgebaut. Dadurch steigt das Leberfett an, was die Leberfunktion insgesamt beeinträchtigt und sich somit auch auf den kompletten leberabhängigen Fettstoffwechsel negativ auswirkt. Daher sollten ein-

fache Kohlenhydrate, wie Haushalts-, Trauben- oder Fruchtzucker möglichst wenig verzehrt werden. Empfehlenswert hingegen sind komplexe Kohlenhydrate, z. B. aus Vollkornprodukten, wie Getreideflocken, Vollkorn-Nudeln oder Vollkorn-Brot. Sie wirken als Ballaststoffe und gelangen dadurch unverdaut in den Dickdarm, wo sie vorhandene Gallensäuren binden und diese dadurch ausgeschieden werden. Der Körper muss daraufhin neue Gallensäuren bilden. Da das

Ausgangsprodukt dafür Cholesterin ist, wird dieses dadurch verbraucht, und der Spiegel im Blut sinkt.

Die Ernährung hat also tatsächlich einen Einfluss auf das Cholesterin. Mit Fett sollte zwar auch insgesamt sparsam umgegangen werden, jedoch ist es noch viel wichtiger, auf die Art des Fettes zu achten und pflanzliche Fette zu bevorzugen.

*Deutsche Gesellschaft  
für Ernährung e. V.*

*Sektion Mecklenburg-Vorpommern*

## Verbindlich für alle Angelegenheiten

### Fragen und Antworten zu Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung

Jeder Mensch kann durch Unfall, Krankheit oder das Nachlassen seiner Kräfte in eine Situation geraten, in der er nicht mehr selbstständig Wünsche äußern oder Entscheidungen treffen kann. Wiebke Cornelius von der Verbraucherzentrale M-V rät deshalb, persönliche Verfügungen rechtzeitig schriftlich festzulegen: Wer eine Patientenverfügung mit einer Vorsorgevollmacht und einer Betreuungsverfügung kombiniert, gibt Personen seines Vertrauens das Recht, notwendige medizinische oder auch finanzielle Belange in seinem Sinn mitzuentcheiden.

#### **Wer kann eine Vorsorgevollmacht erstellen?**

Jeder, der volljährig und uneingeschränkt geschäftsfähig ist, kann eine Vorsorgevollmacht erstellen. Geschäftsfähigkeit ist dann zu bejahen, wenn die betreffende Person ihre Entscheidungen von vernünftigen Erwägungen abhängig machen und deren Bedeutung und Tragweite überblicken kann.

#### **Gibt es Voraussetzungen für denjenigen, dem die Vollmacht erteilt wird?**

Der Bevollmächtigte muss seinerseits

zumindest beschränkt geschäftsfähig sein. Sie können die Vollmacht auch aufteilen und unterschiedlichen Personen bestimmte Bereiche zuordnen. Auch ist es möglich, dass man mehrere Personen als Bevollmächtigte bestimmt. Des Weiteren können Sie auch festlegen, ob mehrere Bevoll-



mächtigte nur zusammen oder auch jeder allein vertretungsberechtigt ist. Sie sollten jedoch in allen Varianten überlegen, ob diese Verfahrensweise sinnvoll und praktikabel ist, da die Bevollmächtigten sich einig sein müssen.

#### **Ist eine bestimmte Form vorgeschrieben?**

Die Vorsorgevollmacht ist schriftlich abzufassen und muss Namen, Geburtsdatum und Anschrift des Vollmachtgebers beinhalten. Weiterhin ist die Vollmacht zu unterschreiben und mit Ort und Datum zu versehen. Bei den Betreuungsbehörden besteht die Möglichkeit, die Unterschrift für 10 Euro beglaubigen zu

lassen. Dies ist zwar keine zwingende gesetzliche Voraussetzung, erzielt aber im Rechtsverkehr eine höhere Akzeptanz. Sofern sich die Vollmacht auch auf Grundstücksgeschäfte und Darlehensverträge beziehen soll, ist eine notarielle Beurkundung empfehlenswert. Darüber hinaus ist der Bevollmächtigte mit vollständiger, möglichst aktueller Anschrift und Telefonnummer zu benennen.

#### **Gelten Besonderheiten gegenüber der Bank?**

Ja, Kreditinstitute stehen privaten Vorsorgevollmachten sehr skeptisch gegenüber. Bitte erfragen Sie daher die Anforderungen, die Ihr Kreditinstitut an eine Vollmacht stellt. Oft müssen Sie eine gesonderte Bankvollmacht vor Ort ausfüllen.

#### **Welchen Inhalt sollte die Vorsorgevollmacht haben?**

Meistens wird eine Vollmacht als Generalvollmacht ausgestellt. Das heißt, dass die Vollmacht für alle Angelegenheiten erteilt wird. Es ist aber auch möglich, eine Vollmacht nur für bestimmte Bereiche zu erteilen,

*Fortsetzung auf Seite 18*

Fortsetzung von Seite 17

beispielsweise die Vermögenssorge. Die Vorsorgevollmacht sollte in jedem Fall auf bestimmte Lebensbereiche konkretisiert werden. So ist beispielsweise eine ausdrückliche Bevollmächtigung erforderlich, um über eine medizinische Behandlung mit schwerwiegenden Folgen, über den Abbruch lebensverlängernder Maßnahmen oder über unterbringungsähnliche Maßnahmen zu entscheiden. Die Vorsorgevollmacht sollte über den Tod hinaus gelten. So hat der Bevollmächtigte die Möglichkeit, auch nach dem Tod des Vollmachtgebers noch Angelegenheiten zu regeln, etwa Beerdigungsmodalitäten.

Wichtig: Da die Vorsorgevollmacht in der Regel erst für den Fall erstellt wird, dass der Vollmachtgeber selbst seine Angelegenheiten nicht mehr regeln kann, findet man häufig die Formulierung „Für den Fall, dass ich meine Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln kann, ...“. Von einer solchen Formulierung ist dringend abzuraten, denn sie macht die Wirksamkeit bzw. den Beginn der Vollmacht vom Vorliegen eines schlechten Gesundheitszustands abhängig. Problematisch ist dabei, dass der Bevollmächtigte dann unter Umständen aufwendig nachweisen muss, dass bei dem zu Betreuenden der angegebene Zustand eingetreten ist. Sinnvoller ist es, die Vorsorgevollmacht ohne eine solche Bedingung zu formulieren.

#### ***Kann die Vorsorgevollmacht geändert oder widerrufen werden?***

Eine Änderung oder Widerruf der Vollmacht ist jederzeit möglich, soweit noch Geschäftsfähigkeit besteht.

#### ***Ist es sinnvoll, neben einer Vorsorgevollmacht auch eine Betreuungsverfügung zu erstellen?***

Dies ist nicht nötig, denn Sie können

alle Angelegenheiten mit einer Vorsorgevollmacht umfangreich regeln. Es kann jedoch gesetzliche Änderungen geben oder Regelungen in der Vollmacht sind unwirksam bzw. nicht alle Fragen wurden geregelt. Aus diesen Gründen sollte auch immer eine Betreuungsverfügung erstellt werden.

Welche Aufgaben hat ein rechtlicher Betreuer, den ich durch meine Betreuungsverfügung bestimme?

Der rechtliche Betreuer wird durch Beschluss vom Betreuungsgericht bestellt und vertritt den Betreuten. Eine Vertretungsbefugnis besteht allerdings nur in den Bereichen, die das Gericht vorab in seinem Beschluss festgelegt hat und die in dem Betreuerausweis aufgeführt sind. Eine rechtliche Betreuung kann nötig sein für den Bereich der Finanzsorge und/oder für die Gesundheitsvorsorge. Des Weiteren muss der Betreuer einmal jährlich einen „Rechenschaftsbericht“ gegenüber dem zuständigen Gericht abgeben.

#### ***Welche Form ist vorgeschrieben?***

Die Betreuungsverfügung ist möglichst schriftlich niederzulegen. Anzugeben sind der Name, das Geburtsdatum und die Anschrift des Verfügenden. Bitte unterschreiben Sie die Verfügung mit Angabe des Datums und des Ortes. Für die Betreuungsverfügung ist die notarielle Form nicht erforderlich. Ferner ist der gewünschte Betreuer mit Namen, Geburtstag, Anschrift und Telefonnummer zu benennen.

#### ***Gibt es Voraussetzungen, die ein gesetzlicher Betreuer vorweisen muss?***

Es ist möglich, jede Person als rechtlichen Betreuer in einer Betreuungsverfügung zu benennen. Wichtig ist jedoch, dass die Person geschäftsfähig ist, damit sie ihre Vertretungsauf-

gaben auch rechtswirksam ausführen kann. Lebt der Betroffene im Pflegeheim, darf keine Person als Betreuer vorgeschlagen werden, die zu dieser Einrichtung in einem Abhängigkeitsverhältnis oder in einer anderen engen Beziehung steht, wie zum Beispiel Mitarbeiter. Ist die Person als Betreuer ungeeignet, ist das Gericht nicht an die Betreuungsverfügung gebunden.

#### ***Was kann noch in die Betreuungsverfügung aufgenommen werden?***

Benannt werden können zusätzlich Wünsche, die das Gericht und der Betreuer bei Entscheidungen berücksichtigen soll. Das Gericht und der Betreuer müssen den in der Betreuungsverfügung schriftlich niedergelegten geäußerten Willen beachten und daneben auch den Inhalt einer etwaigen Patientenverfügung berücksichtigen. So können Sie bereits in einer Betreuungsverfügung festlegen, dass Sie gern, so lange es geht, ambulant zu Hause versorgt werden möchten, oder auch, dass Ihre Enkelin zu ihrer Hochzeit einen bestimmten Geldbetrag erhalten soll. Der rechtliche Betreuer ist nach dem Gesetz verpflichtet, geäußerte Wünsche des Betreuten zu berücksichtigen, soweit es nicht dem Wohl des Betreuten widerspricht.

#### ***Kann ich die Betreuungsverfügung widerrufen?***

Die Verfügung ist jederzeit und ohne Begründung widerrufbar. In diesem Fall beseitigen Sie die Originale und Kopien der Betreuungsverfügung.

#### ***Wann endet eine Betreuungsverfügung?***

Die rechtliche Betreuung endet mit dem Tod des Betreuten, so dass damit auch die Verpflichtungen aus einer Betreuungsverfügung enden.

### Wo kann ich mich näher zum Thema informieren?

In der Rostocker Beratungsstelle der Verbraucherzentrale M-V e. V wird jeden Montag von 9 bis 13 Uhr Beratung angeboten. Sie benötigen aber

hierfür einen Termin! Außerdem können Sie dort die Broschüre „Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung“ für 9,90 Euro erwerben. Über den Publikationsversand der Bundesregierung lässt sich die Broschüre „Betreuungs-

recht“ telefonisch (030 - 18 272 272 1) oder per E-Mail publikationen@bundesregierung.de bestellen. Die Broschüre (inklusive Muster) steht auch im Internet zum Download zur Verfügung: [www.bmjv.de](http://www.bmjv.de). ■

Projekt Seniorensicherheitsberater wird finanziert durch:

**PROVINZIAL**



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter [www.kriminalpraevention-mv.de](http://www.kriminalpraevention-mv.de)

## Veranstaltung zum Thema Trickbetrüger

Der Landesverband der Volkssolidarität lud Seniorinnen und Senioren zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Trickbetrüger in die Begegnungsstätte „Quartier Friedrich’s“ in der Friedrich-Engels-Straße 38 auf dem Großen Dreesch in Schwerin ein.

Kompetente Ausführungen dazu machte der ehrenamtliche Sicherheitsberater Bernd Fritsch. Es ging um falsche Enkel, vermeintliche Polizisten, betrügerische Handwerkskolonnen und so genannte Dachhaie.

Wie ältere Menschen solche Kriminelle schon an der Haustür entlarven können – dazu gab es manchen Hinweis. Musikalisch umrahmt wurde die Zusammenkunft von Mitgliedern des Polizeiorchesters Schwerin. Die Volkssolidarität stellt Überlegungen an, zu weiteren Veranstaltungen dieser Art einzuladen, denn das Interesse im Einzugsbereich Großer Dreesch ist groß – hier wohnen rund 600 Seniorinnen und Senioren. ■

## Kürzere Wege und Wartezeiten

### Zweiter Pflegestützpunkt im Landkreis Rostock – Kompetente Beratung für die Angehörigen

Seinen zweiten Pflegestützpunkt hat der Landkreis Rostock in Bad Doberan eröffnet, und zwar im Hofgebäude der Kreisverwaltung, zweite Etage, Räume 265 und 266. Nun haben auch die Einwohner in der Stadt und im westlichen Teil des Landkreises eine zentrale Beratungsstelle für alle Fragen rund um das Thema Pflege. Träger sind die Kranken- und Pflegekassen im Land gemeinsam mit dem Landkreis. Zur Verfügung steht eine kostenlose, trägerneutrale und kompetente Beratung und Unterstützung aus einer Hand. „Rund 75 Prozent der pflegebedürftigen Personen im Land werden zu Hause betreut – entweder ausschließlich durch Angehörige oder mit Hilfe eines ambulanten



Pflegedienstes“, betonte Sozialministerin Stefanie Drese bei der Eröffnung. „Besonders die pflegenden Angehörigen, die oft an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit sind, brauchen kompetente und unabhängige Beratungs- und Hilfsangebote. Genau das bieten die inzwischen 15 Pflegestützpunkte im Land.“ Das Team des Pflegestützpunktes ist auch darauf eingestellt, Bürgerinnen

und Bürger zu Hause zu besuchen. So können in den eigenen vier Wänden alle notwendigen Gespräche geführt werden, ohne dass die Pflegebedürftigen die Fahrt zum Pflegestützpunkt auf sich nehmen müssen.

„Unser neuer Pflegestützpunkt verbessert das Beratungsangebot im gesamten Landkreis Rostock deutlich“,

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

so Anja Kerl, Sozialdezernentin und Zweite Stellvertreterin des Landrats. „Der Pflegestützpunkt in Bad Doberan verkürzt Wege und Wartezeiten für Ratsuchende aus dem Norden des Kreises. Der Pflegestützpunkt Güstrow wird entlastet. Wir ermöglichen damit auch bessere Vorsorge, denn frühzeitige Beratung erleichtert den Umgang mit Pflege, wenn sie notwendig wird.“ „Mit den beiden Pflegestützpunkten in Güstrow und Bad Doberan besteht nun auch im Landkreis Rostock ein flächendeckendes Netz, um dem Beratungsbedarf sowie den Unterstützungsangeboten der Region noch umfassender gerecht zu werden“, ergänzte Frank Ahrend, Mitglied der Geschäftsleitung bei der AOK Nordost. Für Kirsten Jüttner, Leiterin der Landesvertretung des Verbands der Ersatzkassen, steht das Thema Vernetzung aller Partner ganz oben auf der Agenda, um eine neutrale qualitätsgerechte Beratung zu garantieren. Auch Ralf Hermes, Vorstand der IKK Nord, betonte: „Ein großer Vorteil ist, dass die Experten vor Ort auf die individuellen Bedürfnisse der betroffenen Personen eingehen und schnell und unbürokratisch helfen können.“



Von links nach rechts: Sozialministerin Stefanie Drese, die Pflegeberaterinnen Veronia Saborowski und Alita Unterfranz, Sozialberaterin Maria Rothenberger, von der AOK Frank Ahrend, Sozialdezernentin des Landkreises Rostock Anja Kerl und Bürgermeister Thorsten Semrau.

#### Weitere Infos:

Pflegestützpunkt Bad Doberan,  
August-Bebel-Straße 3,  
18209 Bad Doberan

Pflegestützpunkt Güstrow,  
Hageböcker Str. 19,  
18273 Güstrow

#### Sprechzeiten der Pflegestützpunkte:

Dienstag: 8.30 bis 12 Uhr und 13.30 bis 16 Uhr; Donnerstag: 8.30 bis 12 Uhr und 13.30 bis 17 Uhr

#### Telefon:

(Güstrow) 03843/755 50420 und 03843/755 50421;  
(Bad Doberan) 03843/755 50425 und 03843/755 50426

## „Die da unten“ sind von Armut bedroht

Deutschland eine Republik der Mittelschicht mit sozialer Marktwirtschaft – das war einmal. Innerhalb des globalen Wettbewerbs sorgen Arbeits- und Sozialgesetze dafür, dass jeder fünfte Deutsche heute von Armut bedroht ist. Der Mindestlohn hat daran nichts geändert. Gleichzeitig wird „denen da unten“, Gewerbeaufsicht und Arbeitsgerichten zum Trotz, staatlicher Schutz weitgehend entzogen. Ist diese Entwicklung im globalisierten Kapitalismus schicksalhaft? Haben wir uns damit abzufinden, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt zerstört wird, weil er dem Streben nach höchster Produktivität und maximalem Profit im Wege steht? Der Sender *NDR Info* beschäftigte sich mit diesem Problem unlängst in seinem Feature „Wie Deutschland Prekariat erzeugt“. ■

## Ältere schlucken mehr Medikamente

1,5 Milliarden Packungen Arzneimittel pro Jahr schlucken deutsche Patienten, das sind knapp 20 pro Person. Tatsächlich aber sind es bei Vielen sehr viel mehr, denn immerhin nutzen die meisten Menschen nur dann die Segnungen der Pharmaindustrie, wenn eine Krankheit dies erfordert. Ob die Medikamente tatsächlich bewirken, was sie vorgeben, steht dabei auf einem anderen Blatt. Hinzu kommen die teilweise gravierenden Neben- und Wechselwirkungen. Rund 1,5 Millionen Menschen sind medikamentenabhängig – mehr Frauen als Männer, mehr Ältere als Jüngere. Ein hohes Suchtpotenzial besitzen vor allem Beruhigungs-, Schlaf- sowie Schmerzmittel. Kombiniert mit regelmäßigem Alkoholkonsum steigt das Risiko weiter an. *dlf*



# HIER FÜHLEN WIR UNS ZUHAUSE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | Probewohnen | Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche | Abwechslungsreiches Freizeitangebot  
Ausflüge in die Umgebung | Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen | Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.  
WIR BERATEN SIE GERN PERSÖNLICH.**

#### **Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark**

Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde | ☎ (039771) 201 - 0 | [vitanas.de/amtierpark](https://vitanas.de/amtierpark)

#### **Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark**

Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg | ☎ (0395) 425 62 - 100  
[vitanas.de/amkulturpark.generationenhaus](https://vitanas.de/amkulturpark.generationenhaus)

#### **Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**

Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg | ☎ (0395) 563 98 - 0 | [vitanas.de/amkulturpark](https://vitanas.de/amkulturpark)

## Diagnose Demenz auf dem 12. Seniorentag

In vielen Ländern werden die Menschen immer älter. Unbestritten stellt diese gewonnene Lebenszeit einen Gewinn für die Menschen und die Gesellschaft dar. Mit ihr geht

aber auch das Risiko schwerer Erkrankungen, wie einer Demenz einher. Betroffene und ihre Angehörigen sind gefordert, Möglichkeiten und Chancen auszuloten, damit umzugehen. Professionelle und freiwillige Unterstützungsangebote spielen dabei oft



eine wichtige Rolle. Über die sehr unterschiedlichen Aspekte, die die „Diagnose Demenz“ mit sich bringt, diskutieren auf dem 12. Deutschen Seniorentag Laien und Experten.

Obwohl Alzheimer und andere demenzielle Erkrankungen schon lange bekannt sind, ist es Wissenschaftlern bisher noch nicht gelungen, eine wirkungsvolle Therapie zu entwickeln. Da die Krankheit nicht aufgehalten oder geheilt werden

kann, führt sie bei Betroffenen und Angehörigen zu großen Ängsten. Die Demenzerkrankung hat viele Facetten, nicht nur für Betroffene und ihre Angehörigen, sondern auch für Menschen, die sich beruflich und ehrenamtlich für sie engagieren. Das informative und abwechslungsreiche Programm des Deutschen Seniorentages sowie die Messe dazu geben einen Einblick in die Möglichkeiten, wie der herausfordernden Erkrankung auf verschiedenen Ebenen begegnet werden kann. ■

## Mehr Mitbestimmung in der Pflege dringend erforderlich

Für die Interessen pflegebedürftiger und behinderter Menschen setzen sich bundesweit zahlreiche Verbände ein. Gemeinsam kritisieren diese Organisationen, dass sie die Rechte von Pflegebedürftigen, Behinderten und ihren Familien nicht ausreichend vertreten können, weil sie in den wichtigen Gremien der Pflege nur eine eingeschränkte Mitbestimmung haben. Die Verbände fordern Nachbesserungen von der Politik.

In Deutschland leben 7,5 Millionen Menschen mit schweren Behinderungen, 2,9 Millionen sind pflegebedürftig; mit der Lebenserwartung steigt ihre Zahl weiter. Es ist wichtig, aber bisher nicht hinreichend gewährleistet, dass deren Interessen zur Finanzierung und Gestaltung ihrer Pflege bedarfsgerecht gesichert werden. Die BAGSO und weitere Interessensver-

bände dieses Bereichs fordern mehr Mitbestimmung im Qualitätsausschuss Pflege, dem wichtigsten diesbezüglichen Gremium. Angemessene Bedingungen dafür zu schaffen ist dringend erforderlich.

„Gesetzliche Verbesserungen waren und bleiben wichtig, sind aber nicht ausreichend. In der praktischen Umsetzung ergeben sich immer wieder Regelungsbedarf, der erhebliche Auswirkungen für die betroffenen Menschen hat. Wir wollen, dass dabei die Interessen dieser Menschen vertreten werden können und beachtet werden. Administration ist nicht beliebig, ihre Ausgestaltung im Interesse der betroffenen Menschen muss möglich sein.“ Das betont BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering.

Um pflegebedürftigen und behinderten Menschen mehr Mitbestimmung

und Einfluss in den Gremien der Pflege zu geben, fordern die Interessensverbände:

- eine Stabsstelle, um die Arbeit der Interessensverbände inhaltlich und organisatorisch zu unterstützen,
- stärkere finanzielle Unterstützung von Verbandsvertretern bei ihrer Gremienarbeit,
- ein Stimmrecht in Verfahrensfragen für Verbandsvertreter im Qualitätsausschuss Pflege, um die Beratung und die Verfahren in der Pflege mitzugestalten,
- einen ständigen unparteiischen Vorsitzenden für den Qualitätsausschuss, den das Bundesministerium für Gesundheit benennt,
- mehr Transparenz im Qualitätsausschuss durch öffentliche Sitzungen und öffentlich einsehbare Protokolle. ■

## Sprachverständlichkeit im Fernsehen

Zum Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober hatte die BAGSO diejenigen, die sich durch eine zu starke Musikuntermalung bei

Filmen und Reportagen gestört fühlen, dazu aufgerufen, die damalige ARD-Direktorin Prof. Dr. Karola Wille und den ZDF-Intendanten Dr. Thomas

Bellut anzuschreiben. Ein möglicher Briefftext war vorbereitet worden: „Die ständige Musikuntermalung von Spiel- und Dokumentarfilmen oder

Reportagen führt dazu, dass ich das Wort nur schlecht, manchmal gar nicht verstehen kann. Ich möchte aber nicht auf interessante Berichte, Sendungen oder Spielfilme verzichten müssen, denn ich muss dafür ja auch Gebühren zahlen. Ich sehe eine Verpflichtung der Fernsehanstalten, allen voran der öffentlich-rechtlichen, die Belange von Fernsehzuschauern mit Einschränkungen beim Hören, darunter viele Seniorinnen und Senioren, zu berücksichtigen und für Alle verständliche Sendungen herzustellen. Das gilt in besonderer Weise für Eigenproduktionen, es sollte aber auch ein Maßstab dafür sein, welche Produktionen eingekauft werden.

Nehmen Sie die Bedürfnisse Ihrer Zuschauerinnen und Zuschauer ernst!“ Der Aufruf wurde von zahlreichen Senioren-Organisationen, so auch vom Landesseniorenbeirat aufgegriffen,

und offensichtlich war die Beteiligung so groß, dass ARD und ZDF darauf reagierten. In der ZDF-Antwort heißt es: „ARD und ZDF haben 2014 einen gemeinsamen Leitfaden zur Verbesserung der Sprachverständlichkeit in Sendungen erarbeitet. Darin sind Empfehlungen für die Produktion von TV-Beiträgen enthalten, die eine für den Zuschauer möglichst angenehme Tonkulisse sicherstellen sollen. Im Rahmen technischer Prüfungen von Neumaterial messen wir die Einhaltung der Lautheit (EBU R128 Norm) und achten auch auf eine ausgewogene Dynamik der Tonmischung. Das größte Problem ist allerdings die Vielzahl moderner Empfangsgeräte, in denen durch diverse Einstellungsmöglichkeiten der Ton häufig eher negativ beeinflusst wird. Durch die technische Vielfalt der Geräte kann leider keine einheitliche Empfehlung für eine

Standardeinstellung ausgesprochen werden.

In der Praxis hilft aber häufig schon eine geringe Anpassung der Toneinstellungen: Wenn im Tonmenü Ihres Fernsehers ein Surroundsound (Raumklang) eingestellt ist, ohne dass Sie eine entsprechende Surroundanlage verwenden, sollten Sie zum einfachen Stereoton wechseln. Der Surroundsound unterdrückt viele Tonereignisse, weshalb die Sprachverständlichkeit bei reinem Stereo oft besser ist. Eine weitere Möglichkeit, den Sprachton zu verbessern, ist, an Ihrem Gerät die Bässe zu reduzieren und die Höhen mehr zu betonen. Wir versichern Ihnen, dass wir bei allen ZDF-Produktionen auch zukünftig verstärkt darauf achten werden, dass die Tonmischung im Sinne der Sprachverständlichkeit so optimal wie möglich gestaltet wird.“ ■

## Handlungsbedarf bei barrierefreien Haushaltsgeräten

Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. und die BAGSO präsentieren zwei Publikationen zum Thema „Barrierefreie Haushalts- und Unterhaltungselektronik“. Sie weisen auf wichtige anstehende Schritte hin. Bei Geräten, wie Waschmaschine, Radio und Backofen, sind Sensortasten und Touchscreens auf

dem Vormarsch. Der technische Fortschritt hat jedoch seine Schattenseiten: Immer mehr Geräte der Haushalts- und Unterhaltungselektronik sind für blinde und sehbehinderte Menschen nicht bedienbar.

Die Broschüre ist gedruckt in Deutsch erschienen und in Englisch als barrierefreie PDF-Datei aus dem Internet

herunterladbar. „Die BAGSO setzt sich für ein selbstbestimmtes Leben im Alter ein – dies gilt auch für sehbehinderte und blinde Menschen; für sie ist Barrierefreiheit auch bei elektronischen Geräten besonders wichtig“, begrüßte BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering die neuen Publikationen. ■

### Betreuung unerwünscht

Alter, Krankheit, Schwäche: Wenn ältere Menschen Hilfe benötigen, schaltet sich häufig die Justiz ein. Mit einem Betreuungsverfahren sollen Gerichte zwischen staatlicher Fürsorge und dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen abwägen. Doch in der Praxis gibt es zahlreiche Widersprüche. Viele Menschen glauben, im Notfall die Betreuung ihres Ehepartners oder Verwandten übernehmen zu können. Ein Irrtum. Sie benötigen eine Vorsorgevollmacht. Doch selbst wenn eine Vollmacht vorliegt, kann das Amtsgericht einen gesetzlichen Betreuer bestellen.

Wie kann das sein? Regt irgend jemand eine amtliche Betreuung an, muss das Gericht prüfen, ob diese notwendig ist. So erging es auch einer Tochter, die um die Anerkennung der Vorsorgevollmacht für ihre Mutter bis zum Bundesgerichtshof ging. In der dritten Instanz bekam sie teilweise Recht. Zwei Tage später starb die Mutter. Diesem Vorfall ging der *Deutschlandfunk* unlängst in seinem Feature „Betreuung unerwünscht – Der Kampf um Selbstbestimmung im Alter“ nach. Die Reaktion auf diese Sendung war äußerst vielfältig. ■

# LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

## Ein erster Erfahrungsaustausch

Unter dem Motto: „Erfahrungsaustausch ist die billigste Investition“ stand das Treffen der Seniorenbeiräte der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Neubrandenburgs Ende November in Greifswald. Diskutiert wurde über den Aufbau und die Struktur der Beiräte sowie die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen. Dabei konnten unterschiedliche Strukturen und Zuordnungen festgestellt werden. Über Vor- und Nachteile verständigte man sich. Besonders die Unterstützung durch die Kommune und die Vorteile für die Seniorenarbeit machten die Vertreter des Seniorenbeirats Neubrandenburg nachdenklich. In den Diskussionen gab es keine Zurückhaltung oder Verschleierung von Problemen, die insgesamt in der Seniorenarbeit stehen. Unter anderem ging es auch um das ständige Anwachsen der älteren Bevölkerung und wie mit Unterstützung der Seniorenbeiräte die Arbeit auf kommunaler Ebene besser gelöst werden könne.



Angeregte Gesprächsrunde der Seniorenbeiräte aus Greifswald und Neubrandenburg  
Foto: Seniorenbeirat Greifswald

Der Seniorenbeirat der Universitäts- und Hansestadt Greifswald konnte stolz auf ein seniorenpolitisches Konzept der Hansestadt verweisen, das die Arbeitsgrundlage seit 2015 darstellt. Der Seniorenbeirat Neubrandenburg stellte die Ergebnisse der Hochschule zum Thema Verkehrssicherheit und Fahrtüchtigkeit im Stra-

ßenverkehr mit Blick auf die Teilnahme älterer Verkehrsteilnehmer dar und legte die Ergebnisse der dazu erfolgten Stellungnahmen durch Ministerien und Verkehrsgerichtstag vor. Dieser erste Erfahrungsaustausch endete mit einer Vereinbarung zum Gegenbesuch in Neubrandenburg in diesem Jahr. pl

## Seniorenbeirat zu Gast beim NDR 1 – Radio MV

Vor kurzem besuchten Mitglieder des Seniorenbeirats Greifswald die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt NDR 1 – Radio MV am hiesigen Standort. Torsten Münchberger und Martje Rust, beide Redakteure des Senders, teilten uns viel Wissenswertes über den Weg des Vorpommernstudios mit, der 1992 in einem Hinterhaus begann und schließlich 1997 zu einem eigenen Haus am Ryck führte, mit freiem Blick auf den Museumshafen und im Rücken die historische Altstadt. „Das Haus am Ryck“ ist heute eine bekannte Adresse für Nachrichten und Neuigkeiten aus Politik, Wirtschaft und Nachbarschaft der gesamten Region. Pro Jahr entstehen



Zu Besuch beim NDR – vordere Reihe: Christiane Sitterlee, Regina Werner und Anita Weiß, dahinter: Dr. Siegfried Reiche und Dietrich Wildgrube

außerdem über 1.000 Fernsehbeiträge, vor allem für das Nordmagazin und Land und Leute, aber auch für die ARD. Das Sendegebiet des NDR umfasst durch die Staatsvertragsländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg rund ein Viertel der Gesamtfläche Deutschlands.

Bei einem Rundgang durch das Haus konnten wir nicht nur den Arbeits-

platz von Hörfunk-Redakteurin Martje Rust, besichtigen, sondern auch das Aufnahme- und Schneidestudio für TV-Beiträge. Hier staunten wir über die umfangreiche Technik und hörten den fachlichen Ausführungen des Cutters Andreas Goldenbogen zu Arbeitsweise und Arbeitsvielfalt aufmerksam und interessiert zu.

Im Anschluss daran berichteten wir darüber, wie der Seniorenbeirat der

Universitäts- und Hansestadt in diesem Jahr anstrebt, alle Vereine zu vernetzen, die sich mit seniorenrelevanten Themen beschäftigen. Für die Hilfe des Senders, darüber die Vereine und Gruppen nicht nur zu informieren, sondern sie auch aufzurufen, konnten wir schon vorab ein Okay erhalten.

Anita Weiß, Seniorenbeirat

## HANSESTADT ROSTOCK

### Diesmal waren Schüler die Dozenten



Alexandra Schramm (rechts) aus der Klasse 9a erklärt Horst Döring die Nutzung einer Tank-App.



Auch Sidney Bartels (Bildmitte) aus der 10a gibt nützliche Tipps an die Senioren weiter.

Fotos: Maria Pistor (NNN)

Innerhalb der geplanten Weiterbildung und der Kontaktierung älterer Bürger mit Jugendlichen im Wohngebiet entstand der Gedanke von Bildungsveranstaltungen zwischen dem Seniorenausschuss Warnemünde / Diedrichshagen und der Ecolea-Schule Warnemünde. Dabei geht es um die Digitalisierung in Wirtschaft, Lehre und Freizeit. Kontaktaufnahme war Ende November, wobei sich der Seniorenausschuss vorstellte und seine Vorstellungen vortrug. Dazu gehören Grundlagenkenntnisse für den PC, dem iPhone, dem Smartphone oder dem Tablet ebenso wie Kennenlern-Runden mit Schülern der neunten und zehnten Klassen oder auch Plätzchenbacken bei der AWO in Warnemünde. Erfolgreich war das erste Treffen im

Januar. Jugendliche und Senioren füllten das Computerkabinett bis auf den letzten Platz. Genutzt wurde das Angebot aus dem Computer-Kurs der Lehrerin Heike Kittel; sie ist auch die Kontaktperson der Ecolea-Schule. Diesmal sah es anders aus: Die Mädchen und Jungen waren die Dozenten und die Senioren die Schüler. Es herrschte ein angenehmes Klima, Lernende und Lehrende begegneten sich auf Augenhöhe. Es gab keine Scham und keine Scheu und sofort große Sympathie auf beiden Seiten. Vermittelt wurden die Funktionen von Apps und übliche Kamerabedieneung sowie die Fotoverwaltung, außerdem das Aufrufen der Wetter-Apps und die Nutzung der Kontakte beim Telefonieren. Auch das Ver-

schicken und der Empfang von Mails wurde geübt.

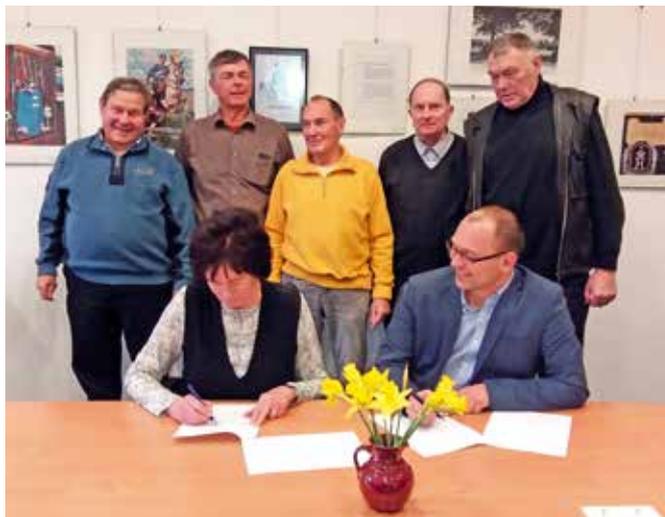
Eine Schülerin aus der Klasse 9a erklärte dem Vorsitzenden des Seniorenausschusses dessen neues Smartphone und zeigte, wie man über eine Tank-App per Schnellsuche Tankmöglichkeiten erfahren kann. Ganz begeistert war Mitorganisatorin Heidi Schneider vom Seniorenausschuss, hatte sie doch nicht mit wesentlich mehr Interessenten gerechnet, als sich angemeldet hatten.

Für Mitte März ist eine weitere Veranstaltung geplant. Weitere Monatsthemen für das erste Halbjahr sind im Gespräch, etwa regionale Geschichtsaufarbeitung von Senioren für Jugendliche (Warnemünde und Dierhagen) oder gemeinsame Backkurse mit der AWO Warnemünde. ■

# LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

## Generationen – gemeinsam mit einer Stimme

Auf der Vorstandssitzung des Kreissenorenbeirats Ludwigslust-Parchim Mitte Februar war es endlich soweit: Die Vorsitzenden Ilona Mundt-Schalk sowie Nico Conrad unterzeichneten die gemeinsame Kooperationsvereinbarung zwischen Kreissenorenbeirat und Kreisjugendring. Darin wird das Interesse bekundet, künftig gemeinsam mit einer starken Stimme für die Belange von Kindern und Jugendlichen sowie von Seniorinnen und Senioren im Landkreis zu sprechen. „Wir wollen diese Vereinbarung und die Ideen dahinter auch gemeinsam mit Leben erfüllen; sie ist für uns kein bloßes Lippenbekenntnis.“ Das bestätigte die Vorsitzende des Kreissenorenbeirats, und ihr Partner vom Jugendring fügte hinzu, „Wir werden uns gegenseitig in der Arbeit unterstützen, gemeinsame Veranstaltungen planen und durchführen und nicht müde werden, immer darauf hinzuweisen, dass die Sorgen und



*Ilona Mundt-Schalk und Nico Conrad unterzeichnen den Kooperationsvertrag. Stehend von links die Vorstandsmitglieder des Kreissenorenbeirats: Bernd Wagner, Bernd Thieke, Edwin Näth, Wolfgang Blaskow und Friedhelm Beutner.*

Nöte von Kindern und Jugendlichen in einem Flächenlandkreis wie Ludwigslust-Parchim auch die Sorgen und Nöte unserer älteren Mitbürgerinnen

und Mitbürger sind – und andersherum.“

Erste gemeinsame Veranstaltungen zu den Themen „ÖPNV“, „Bürgerversicherung“ und „Facharztversorgung im ländlichen Raum“ sind noch für dieses Jahr geplant.

Der Kreisjugendring Ludwigslust-Parchim e. V. vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen aus dem gesamten Landkreis gegenüber Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit in Gremien des Landkreises sowie darüber hinaus. Interessierte an Mitgliedschaft, Mitarbeit oder Unterstützung wenden sich an den Geschäftsführer, Markus von Jan. Der Kreissenorenbeirat ist die Plattform des Austausches rund um die Thematik des Älterwerdens, aber auch das Sprachrohr und Bindeglied zu Politik, Verwaltung sowie der Wirtschaft. Koordinatorin Anett Nuklies ist hier, im Büro für Chancengleichheit der Landkreisverwaltung, die Ansprechpartnerin. ■

## Jahresausklang mit musikalischem Rahmen

Der Vorstand des Kreissenorenbeirates lud zu seiner vierten Mitgliederversammlung Mitte Dezember wieder eine Reihe interessanter Gäste zum gegenseitigen Meinungsaustausch ein. Als besondere Ehrung empfanden Vorstand und Mitglieder, dass Landrat Rolf Christiansen die Eröffnung übernommen hatte. In seinen Grußworten betonte er die Bedeutung der Arbeit der Kreissenorenbeiräte, unter anderem als Bindeglied zwischen der älteren Bevölkerung und der Verwaltung. Der Landkreis sei gut aufgestellt, was

die Seniorenpolitik betreffe. Speziell sprach er das Kreisentwicklungskonzept 2030 an, das als lebendiges, auf keinen Fall statisches Programm lebenswerte Strukturen für die Zukunft sichere. Der Landkreis entwickle sich ständig weiter, die Ausweitung des Rufbussystems, das inzwischen sehr gut angenommen ist, und der Ausbau der Internet-Breitbandversorgung, der 2019 flächendeckend abgeschlossen sein soll, waren weitere gute Nachrichten für die 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung.

Zum Thema Seniorenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern referierte Christian Brade (SPD), Mitglied des Landtags und Sprecher für Familien-, Kinder- und Jugendpolitik. Die Landesregierung habe zwei Millionen Euro bereitgestellt, um Umbauten und barrierefreies Wohnen zu fördern. Weitere Punkte mit anschließender Diskussion waren die hausärztliche Situation, das Angebot an geriatrischer medizinischer Versorgung sowie die Angleichung der Renten zwischen Ost und West. Als begeisterter Sportler gab Herr Brade den

Teilnehmenden mit auf den Weg, dass es sehr wichtig sei, stets in Bewegung zu bleiben, und dankte für die wertvolle ehrenamtliche Tätigkeit.

LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich ließ es sich nicht nehmen, den Kreissenorenbeirat als einen der aktivsten im Land zu bezeichnen. Er betonte, dass die Meinung der Beiräte heute besonders gefragt sei, etwa im Landespflegeausschuss oder im Sozialausschuss der Landesregierung. Weitere wichtige Themen seien die Bekämpfung der Altersarmut und der Bau von Seniorenwohnungen. Jürgen Meyer vom Landeskriminalamt stellte das Programm „Seniorenversicherungsberater“ vor, berichtete über dreiste Trickbetrüger, wies aber auch darauf hin, dass man in der Bekämpfung der Betrugsmaschen, nicht zuletzt durch die Aufklärungskampagnen, ein gutes Stück voran gekommen sei.

Wolfgang Blasko, Vorstandsmitglied des Kreissenorenbeirats aus Sternberg, erläuterte anschließend das Erfolgskonzept seiner Stadt in Bezug auf die Seniorenfreundlichkeit. In der Kategorie bis 8000 Einwohner erhielt Sternberg im November 2017 vom Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung und dem Landes-seniorenbeirat innerhalb des Wettbewerbs „Seniorenfreundliche Kommune in Mecklenburg-Vorpommern“ den ersten Platz.

Weitere Gäste der Mitgliederversammlung waren der Vorstandsvorsitzende des Kreisjugendrings Ludwigslust-Parchim e.V., Nico Conrad, sowie Geschäftsführer Markus von Jan. Der Kreissenorenbeirat hatte bereits Anfang 2017 eine engere Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring vereinbart. Ilona Mundt-Schalk, Vorsitzende des Kreissenorenbeirats, gab einen Jahresrückblick und hob die Herbsttagung des



Lebhafte Diskussionen prägten die letzte Mitgliederversammlung des vergangenen Jahres.



Die „Egerländer“ des Landespolizeiorchesters sorgten für fröhliche musikalische Klänge.  
Fotos: Landkreis Pressestelle

Landessenorenbeirats im Oktober in Banzkow hervor. 2018 wird im KSB besonderer Wert darauf gelegt, regionale Themen aus den kommunalen Beiräten mit in die Planung einzubeziehen. Dazu gab es eine rege Diskussion der Mitglieder. Anschließend wurden aktuelle Informationen ausgetauscht.

Die Koordinatorin des Kreissenorenbeirats, angesiedelt im Büro für Chancengleichheit, Anett Nuklies, stellte die Broschüre „Älter werden und sich sicher fühlen“ mit Tipps und Hinweisen für die Seniorensicherheit im ländlichen Raum vor. Gefördert wurde der Druck vom

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern. Exemplare der Broschüre können über die örtlichen Seniorenbeiräte bezogen werden. Für die musikalische Umrahmung der Mitgliederversammlung sorgte das Landespolizeiorchester mit seiner Egerländer-Besetzung unter der Leitung von Maxim Kulikov. Im Internet ist der Kreissenorenbeirat unter <http://www.kreis-lup.de/leben-im-landkreis/jugend-familie-senioren/senioren/> zu finden. Hier sind Termine und Themen der Veranstaltungen aufgelistet.

an

**Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allen zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Eine Zensur findet nicht statt.**

Artikel 5 des Grundgesetzes

# LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

## Ein Jahr voller Aktivitäten in Neubrandenburg

Der Jahresabschlussbericht 2017 stand im Mittelpunkt der letzten Sitzung des Seniorenbeirats Neubrandenburg im vergangenen Jahr. Deutlich wurde: Die Auswertung der Ergebnisse aus dem Deutschen Alterssurvey sowie der Siebte Altenbericht der Bundesregierung bestimmten die Schwerpunkte der Arbeit. Vor allem ging es darum, aus den Dokumenten Schlussfolgerungen für die Seniorenarbeit in der Vier-Tore-Stadt zu ziehen und ihre Umsetzung einzufordern. Es gab dazu elf Vorstands- und sechs Beiratssitzungen.

Im Februar stand die Beiratssitzung unter dem Thema „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, wobei es um den Alterssurvey, den Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Landtags und das Konzept der Landesregierung ging. Im Info-Blatt des Seniorenbeirats heißt es dazu: „Unsere Schlussfolgerungen daraus sind: Die Entwicklung lebendiger Quartiere und die Entwicklung der Stadt gehen nur mit dem Menschen sozialräumlich, ganzheitlich und partizipativ, und wir als Seniorenbeirat müssen und wollen unseren Beitrag dazu leisten.“ Im zweiten Quartal befassten sich Vorstand und gesamter Beirat mit der Ausstrahlung auf Vereine, Verbände und Institutionen mit dem Ziel, die Wahrnehmung in der Öffentlich-

keit zu verbessern. Die Arbeitsgruppen wurden neu aufgestellt. Die AG Soziales, Gesundheit, Pflege hat sich neu konstituiert und Helmut Wärmeling zum Vorsitzenden gewählt. Die Arbeitsgruppen Öffentlichkeitsarbeit sowie Barrierefreies Bauen, Verkehr und Wohnen werden von Peter Lundershausen und Hans Asmus geleitet. Mobilisiert wurde auch das Engagement bei „Demokratie leben“.

Um die Sicherheit für Senioren ging es im April: um Trickbetrüger, um Vorsicht bei „falschen Enkeln“, um Einbruchschutz, Haustürgeschäfte und um Mobilität im Alter. In einer Beiratssitzung stellte sich die Unabhängige Patientenberatung Deutschland vor. Irina Lövenich von der Stadtverwaltung stellte die Umfrage zur Sozialplanung vor und bat den Beirat um Mitarbeit. Es ging um die Nutzung der städtisch geförderten Seniorenbegegnungstätten und Mehrgenerationenhäuser. Info-Brief NB: „Außerdem haben wir 2017 versucht, den Generationen-dialog anzukurbeln. Dazu gab es Vorgespräche mit dem Landesjugendring und der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie M-V (RAA).“ Das Juni-Thema hieß folgerichtig: „Miteinander sprechen – Dialog zwischen Generationen“, „Wir wollen nicht, dass die Bedürfnisse jüngerer Menschen, die in vielerlei Hinsicht mit

unseren Interessen übereinstimmen, vernachlässigt werden“, wird im Info-Brief betont.

Im Juli gab es, gemeinsam mit der BAGSO, zwei Kurse zur Aus- und Fortbildung zum „Scout der digitalen Nachbarschaft“, bei denen 20 Seniorinnen und Senioren die Qualifikation zur Ausbildung auf den Gebieten Digitale Sicherheit, Recht im Internet und Sichere Datenverwaltung erwarben. Im September waren beim Thema „Leben im Alter – Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ die Stadtpräsidentin sowie die Vorsitzenden der vier Fraktionen in der Stadtvertretung zu Gast. Das Thema im November war der Gesundheit gewidmet: „Badehygiene und Hautschutz“ sowie „Risiko Herzinfarkt – was ist zu beachten?“

Die Erarbeitung von sechs Info-Blättern, eines Wahlaufrufs, des Wegweisers „Älter werden in Neubrandenburg“ (siehe auch vorigen Seniorenkurier), von Flyern zur Arbeit des Beirats, eines Lesezeichens sowie des Jahreskalenders 2018 ergänzten die Aktivitäten. Im Oktober begann das Wintersemester der Seniorenhochschule an der Hochschule Neubrandenburg; an der Vorbereitung war auch der Beirat aktiv beteiligt. Die Erfahrungsaustausche mit den Beiräten in Stralsund und in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald runden das Bild. ■

## Senior-Technik-Botschafter wollen aktiv werden

Das Töpfer Forum e. V. hatte seit dem 1. Oktober 2013 für ein Jahr ein Projekt des Bundesministeriums für Forschung und Bildung durchgeführt, um so genannte Senior-Technik-Botschafter auszubilden. Dieses Projekt hat die Verbreitung altersgerechter Assistenzsysteme für ältere Menschen zum Ziel, um vor allem auf dem Lande ein längeres, sicheres und

selbstbestimmtes Leben im eigenen Heim zu behalten. In einer gemeinsamen Schulung mit dem Technologiezentrum Fördergesellschaft mbH Vorpommern (TZV) in Greifswald, der Firma BioCon Valley GmbH in Rostock und der IT-Initiative Mecklenburg-Vorpommern e. V. aus Roggentin erhielten 20 Teilnehmer das Zertifikat. Mecklenburg-Vorpommern hat als Ge-

sundheitsland Nr. 1 bisher wesentliche Erfolge aufzuweisen. Nachzuholen ist jetzt, dass auch der Gesundheitszustand im Land diesem Slogan folgt. Senior-Technik-Botschafter werden sich auch am Projekt „Gesund und älter werden an der Mecklenburgischen Seeplatte hat Zukunft“ beteiligen. Damit soll ein Netzwerk des Landkreises aufgebaut werden, um ein möglichst

langes gesundes, selbstständiges und würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen. Die Aktivität wird entsprechend dem neuen Präventionsgesetz in Zusammenarbeit des Landkreises mit den Krankenkassen umgesetzt. Senior-Technik-Botschafter legen besonderen Wert auf eine nachhaltige Gesundheitsbildung. Dazu werden Vortragsveranstaltungen angeboten und Geräte und Instrumente zur praktischen Erprobung gezeigt. Beiträge zur Gesundheitsbildung in den Medien zu finden ist für viele Ältere noch ein Problem. Auch wenn diese Gruppe den Einstieg in die digitale Welt geschafft hat, fehlt es meistens am

Verständnis und Umgang mit Smartphone, Gear Fit und sogar eigenem PC, Tablet oder Ipad. Es werden Hilfen gebraucht, um auch eine digitale Gesundheitskompetenz zu erwerben. Besonders benachteiligt sind Ältere, die Kontakt zum Internet und PC nicht aufnehmen wollen oder können. Ist ein Fernseher mit USB-Anschluss vorhanden, kann gesundheitsdienliche Information auch mit dieser Technologie verbreitet werden. Ein gemeinsames Wirken von Senior-Technik-Botschaftern, der Gruppe der SilverSurfer und auch der SeniorTrainer wird zur Verbreitung solcher Kenntnisse notwendig sein. Senior-Technik-Botschaf-

ter beteiligen sich an Ausschreibungen und Wettbewerben zur Finanzierung ihrer Tätigkeiten und Weiterführung der notwendigen Aufgaben. Wir planen die Anschaffung und Ausstattung eines Info-Busses, um auf Messen und Großveranstaltung präsent zu sein und auch die Geräteausstattung zu allen Veranstaltungen mitzuführen. Auch moderne Technologien, wie die e-Mobilität werden durch die Senior-Technik-Botschafter weitergetragen. So wird zu Jahresbeginn in Törpin ein e-Bürgerbus des Törpiner Forums eingesetzt und eine Ladestation für die e-Mobilität vorhanden sein.

*Helmut Pratzel*

## Sechs Sitzungen mit geballter Thematik in Waren

Der Seniorenbeirat der Stadt Waren will in diesem Jahr sechs ordentliche Sitzungen durchführen. Die Themen sind unter anderem ein Vortrag über Formen zum Verständnis von „Demokratie leben“, die Ergebnisse des Armutsberichts der Bundesregierung und die der AWO im Vergleich sowie Berichte zur Stadtentwicklung unter Berücksichtigung seniorenpolitischer Forderungen analog der Ergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission „Älter werden in MV“. Die Medienwerkstatt „Raabatz“ wird u. a. Filmbeiträge von Schülern zum

Thema Vorurteile sowie Integrationsbeispiele für junge Migranten zeigen. Weitere Themen sind Sozialberichte der Wohnungsgesellschaften der Stadt Waren, insbesondere die Entwicklung im Bereich des betreuten Wohnens und der Betreuung „Älterer mit eingeschränkter Kompetenz“. Das Regionalzentrum „Mecklenburgische Seenplatte für demokratische Kultur“ wird sich vorstellen. Auch um die Zukunftsplanung und Bilanz der Jugendarbeit in Waren-Müritz geht es. Aktuelle Themen der Seniorenpolitik werden den jeweiligen Zusammen-

künften zugeordnet. Im Laufe des Jahres finden regelmäßige Seniorensprechstunden statt. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt mit dem Bürgermeister. Außerdem gibt es regelmäßig Gespräche mit den kommunalen Ausschüssen, in denen auch Handlungsempfehlungen der Beiräte umgesetzt werden. Erneut gibt es in diesem Jahr eine Stadtbegehung gemeinsam mit der Verwaltung findet auch in diesem Jahr statt. Die Sitzungen des Seniorenbeirats sind generell öffentlich. ■

## LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

### Kritische Worte vor dem Stadtparlament

„Man tut gut daran, sich früh auf den Lebensabschnitt ‚Alter‘ vorzubereiten und den Seniorenbeirat für Aktivitäten und Kontakte zu entdecken.“ So begann der Vorsitzende des Seniorenbeirats, Siegfried Schwinn, seinen Jahresbericht vor den Schweriner Stadtvertretern Ende Januar. „Doch was wird aus dem Wunsch, sich aktiv in unserer Stadt einzubringen, wenn es an Angeboten mangelt und die Versor-

gungssituation nicht ausreichend ist?“ Neueste Zahlen besagen, dass 48 Prozent aller Einwohner 50 Jahre und älter sind, davon 33 Prozent über 60. Seniorenarbeit werde als Querschnittaufgabe in der Kommunalpolitik gesehen, die alle Ressorts und Ressourcen einbezieht – mit dem Oberbürgermeister an der Spitze. Aber: „Die Stadt hat kein seniorenpolitisches Handlungskonzept. Wir warten darauf schon 20

Jahre.“ Derzeit fänden die Seniorinnen und Senioren viel zu wenig Beachtung. Die Seniorenpolitik sollte vom Land gesteuert werden, wobei als Grundlage die Beschlüsse der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ gelten müssten. Alter sei auch in Schwerin „gesellschaftsfähig“ geworden.

*Fortsetzung auf Seite 30*

Fortsetzung von Seite 29

Der Seniorenbeirat – er besteht aus 21 Mitgliedern – tagt mindestens viermal im Jahr und lädt dazu Fachreferenten ein. Im vergangenen Jahr wurden 17 Mal im Stadthaus Sprechstunden abgehalten. „Das Interesse daran war unterschiedlich groß, aber die Sorgen und Probleme älterer Bürger – das ist bürgerschaftliches Engagement.“ Themen waren: schlechte Gehwege, zu wenig Sitzgelegenheiten, fehlende Toiletten, zu dunkle Straßen, was Ängste hervorrief. Breiten Raum nahm das bezahlbare Wohnen in der Stadt ein, das Wohnumfeld, der Verbraucherschutz und die Altersdiskriminierung. Die Schere zwischen Arm und Reich gehe auch in Schwerin weiter auseinander,

betonte Schwinn. „Sehr viele Senioren haben Angst vor dem sozialen Abstieg, wenn sie in ein Heim umziehen müssen. Für einen ‚normalen‘ Rentner sind die Preise nicht mehr bezahlbar.“ Der Seniorenbeirat ist in vier Ausschüssen der Stadt vertreten sowie in einigen Ortsbeiräten. Aktiv beteiligt war er an der Erstellung der Dokumente zum 10. Altenparlament. Überall sei der Rentnerbonus weggefallen. „Das heißt: Weniger bemittelte Rentner können nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen – obwohl unser Grundgesetz etwas anderes dazu aussagt. Ich appelliere an die Verantwortlichen, den Wegfall etwa des Rentnerbonus im Zoo zu überdenken. Die Teilnahme der Rentner am öffentlichen Leben sollte für

alle möglich sein.“

Die Arbeitsgemeinschaft „Altenarbeit“, in die sich der Beirat aktiv einbringt, stellt in Positionspapieren und Statements immer wieder die Forderung nach Konzepten auf. Schwinn: „Schon 2010 haben wir uns am Bundesprogramm ‚Aktiv im Alter‘ beteiligt. Bisher blieb alles ohne Resonanz!“ Voraussetzung für ein Gesamtkonzept sei der Blick auf die Vielschichtigkeit des Alters unter der Berücksichtigung der differenzierten Lebenslagen. „Gerade die ältere Generation ist ein Gewinn für unsere Stadt und deshalb einzubeziehen, da sie für die Jüngeren einen reichen Erfahrungsschatz und das Wissen über Zeiträume hinweg zur Verfügung stellt. Wir sind kein altes Eisen, wohl aber alte Hasen.“ ■

## Senioren-WG am Werderpark: Herzlich willkommen

„Der Fernseher und mein Lesesessel kommen auf jeden Fall mit rein, ein Familienbild auf dem Schrank darf nicht fehlen“, betont Harry Rudat. Der 79-jährige Senior ist der erste Mieter im neuen Vitanas Ambulantes Wohnen & Pflege Am Werderpark in der Robert-Koch-Straße in Schwerin. Pflegedienstleiterin Cornelia Westphal begrüßte den rüstigen Rentner mit einem frühlingshaften Blumenstrauß in seinem neuen Zuhause: „Unsere ambulanten Wohngemeinschaften Am Werderpark bieten alle Freiheiten des selbstständigen Wohnens und liebevolle Pflege zu-



gleich. Das Angebot richtet sich an alle, die Unterstützung im Alltag benötigen und einen Pflegegrad besitzen.“

Der moderne Neubau für drei ambulante Wohngruppen verfügt insgesamt über 36 helle und freundliche 20 bis 22 Quadratmeter große Einzelzimmer. Jedes Zimmer ist mit einem eigenen Duschbad, Telefon-, TV- und Internetanschluss ausgestattet. Harry Rudat wird es sich in den nächsten Tagen heimisch machen und freut sich schon darauf, wenn in den kommenden Wochen weitere Mieter einziehen und die Wohngruppen sich mit Leben füllen. ■

## Verkehrsunfälle mit Senioren sind gesunken

Im Dezember fand die 14. Sitzung des Seniorenbeirats im Stadthaus statt. Fast vollständig waren die Mitglieder vertreten. Aus der Verwaltung kamen Lisa Manhart und der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Andreas Ruhl. Bernd Fritsch, Vizepräsident der Landesverkehrswacht, sprach zum Thema „Ältere Menschen im Straßenverkehr“. Er machte deutlich, dass ein

großer Handlungsbedarf zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bestehe, um älteren Menschen Mobilität zu gewährleisten. Damit verbunden sei der notwendige Ausbau der Verkehrsbedingungen. Die Vorurteile gegenüber älteren Menschen im Straßenverkehr seien nicht gerechtfertigt, denn die lebenslange Erfahrung, insbesondere im Autoverkehr,

dürfe nicht unterschätzt werden. Die Probleme im Straßenverkehr betreffen alle Generationen. Die Anzahl der Unfälle mit Beteiligung von Senioren ist gesunken und stagniert in den letzten Jahren. Diese Tendenz werde durch Statistiken aufgezeigt. Allerdings machte der Vortragende deutlich, dass eine Prüfung der Seh-, Hör- und Reaktionsfähigkeit regelmä-

ßig erfolgen sollte. Die Fahrtüchtigkeit könne auch bei der Dekra oder beim TÜV überprüft werden. Bei Bedarf sei auch ein Test bei einer Fahrschule sinnvoll. Sollte der Fahrlehrer eine Fahruntüchtigkeit feststellen, so habe dies keine Folgen – der Fahrer entscheidet selbst, ob er weiterfährt oder nicht. Veranstaltungen und Vorträge können durch die Verkehrswacht organisiert werden.



Bernd Fritsch (links) informiert den Seniorenbeirat zum Thema Verkehrssicherheit.

In der Beiratssitzung wurden außerdem die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Pflege des Seniorenbeirats vorgestellt sowie die allseits bekannten Probleme unterschiedlicher Lohn in Ost und West, Bekämpfung von Abrechnungsbetrug in der Pflege, und mangelnde Transparenz gemeinnütziger Organisationen.

Walter Heinrich, Seniorenbeirat

## LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

### Ehrennadel für Peter Sobottka

Zum internationalen Tag des Ehrenamts hatte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am 2. Dezember nach Schwerin in den Goldenen Saal des Neustädtischen Palais, Sitz des Justizministeriums, eingeladen. Auf Vorschlag des Seniorenbeirats der Hansestadt Stralsund, der Gewerkschaft Deutsche Lokomotivführer und des Bahn-Sozialwerkes Ortsstelle Stralsund wurde Peter Sobottka mit der „Ehrennadel des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ ausgezeichnet. Peter Sobottka ist seit 1999 Mitglied des Seniorenbeirats und hat großen Anteil an dessen Entwicklung zu einem in der Stadt und bei der Bevölkerung anerkannten Gremium. In der Arbeitsgruppe „Altersgerechtes und barrierefreies Bauen und Umwelt“ wirkt er aktiv mit, u. a. bei den Schwerpunkten Öffentlicher Personennahverkehr, Wohnen im Alter, Sozialer Wohnungsbau, barrierefreie und barrierearme Wohnungen für Senioren und Menschen aller Altersgruppe mit eingeschränkter Mobilität. Ein wichtiges Betätigungsfeld seiner



Foto: Staatskanzlei

Zu den Ausgezeichneten gehörte auch Peter Sobottka (zweiter von links).

ehrenamtlichen Arbeit ist das generationsübergreifende Miteinander – Für einander. Seit 2000 besteht die Zusammenarbeit mit der Integrativen Gesamtschule Stralsund. Peter Sobottka hat erheblichen Anteil an der Durchführung zahlreicher Projekte (Fotoausstellungen zur Stadtgeschichte, Fußballturniere, „In Stralsund sprecht wi ok platt“ und der Durchführung der Seniorenkulturtag in Stralsund, die 2018 zum

13. Male stattfinden, und das Bahnhofsfest anlässlich des Jubiläums 150 Jahre Eisenbahn in Stralsund-Vorpommern. Er vertritt außer seiner ehrenamtlichen Arbeit im Seniorenbeirat der Stadt die Stralsunder Senioren im Kreissenorenbeirat und im Altenparlament, gehörte viele Jahre auch dem Landessenorenbeirat an. Die Mitglieder des Seniorenbeirates gratulieren herzlich zur Auszeichnung.

Giesela Müller

### Schweizer Gartenglück – verwirklicht in Stralsund

„Gartenglück – Gemeinsam Gärtnern macht Spaß“ – die Idee für dieses Projekt brachte das Mitglied des Seniorenbeirats Birgit Wacks aus der Schweiz mit. Sie war begeistert, wie die Züri-

cher ihre Stadt bepflanzen, und hält das in Stralsund auch für machbar. Auf der Mitgliederversammlung wurde das Vorhaben beschlossen und eine Projektgruppe gebildet. Das Konzept

richtet sich an alle Gartenfreunde: gewesene und künftige Gartenliebhaber, die sich eine aktive Tätigkeit im Freien

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

und in Gemeinschaft wünschen. Aber auch Schülergruppen unterschiedlicher Altersstufen und Menschen mit Behinderungen sollen dabei sein. Bei der Standortsuche wurde eine Fläche des Bauerngartens im Stralsunder Zoo favorisiert und gemeinsam mit Zoo-Direktor Dr. Christoph Langner und der Landschaftsarchitektin Silke van Ackeren vor Ort das Projekt besprochen. Der Plan sieht als Zentrum vier Hochbeete vor, an denen man ohne schwieriges Bücken arbeiten kann. Aber auch Bodenbeete, Kräuterschnecke, Blumen und Obststräucher wird es geben. Sanierte Wege, Kompostecke, eine kleine Laube und Plätze zum Verweilen und Erzählen gehören zum künftigen Garten. Schülergruppen werden an gärtnerische Arbeit und an den verantwortungsvollen Umgang mit der Natur herangeführt. Sie erhalten Einblick in die Spezifik des Gartenbaus, lernen frisches, selbstangebautes Ge-



Die Mitglieder der Projektgruppe im künftigen Seniorengarten bei ersten Festlegungen.

müse und Obst zu schätzen sowie den ökologischen Anbau ohne Verwendung künstlicher Düngemittel. Und zum Thema „Ökologisches Gärtnern“ ist die Fachfrau Almut Roos vom Projekt „Natur im Garten“ des Landschaftspflegeverbandes „Mecklenbur-

ger Endmoräne“ e. V. ins Boot geholt worden. Der erste Workshop mit dem Thema „Das Gartenjahr beginnt im Kopf“ ist bereits geplant. Sie wird empfehlen, wie man mit Pflanzenkrankheiten und Schädlingsbefall, zum Beispiel im Gemüsegarten, umgeht, ohne die allbekannten chemischen „Killer“ einzusetzen, und wie man die Fruchtfolge speziell auf Hochbeeten berücksichtigt. Weitere Vorträge und Wissensvermittlungen sind vorgesehen. Ein Zeitplan regelt die monatlichen Aktivitäten.

Um dieses Projekt zu verwirklichen, hat der Förderverein Seniorenbeirat e.V. eine Sponsorsuche gestartet. Viele Unterstützer haben finanzielle Hilfe zugesagt, darunter die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung, die Ehrenamtsstiftung MV und vier Garten- und Landschaftsbaubetriebe aus Stralsund. Zum „Fest der Generationen“ am 8. Juli wird der Garten feierlich eröffnet. Alle Aktiven wünschen sich ein gutes Gelingen und ein schönes Gartenjahr. *Giesela Müller*

## LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

### Fakten aus dem Jahresbericht 2017

Stichwortartig teilt uns die Vorsitzende des Kreissenorenbeirats, Karin Lechner, Fakten aus dem Jahresbericht 2017 mit. Laut Satzung besteht der Beirat aus 20 gewählten Mitgliedern. Eines davon, Dr. Heide Niespidal, verstarb im vergangenen Jahr. Drei Mitglieder mussten aus gesundheitlichen Gründen ihre ehrenamtliche Tätigkeit aufgeben. Als neues Vorstandsmitglied wurde in der Mitgliederversammlung die Vorsitzende des Seniorensbeirats Boltenhagen, Brigitta Hilscher, gewählt und vom Kreistag bestätigt. Selbst durch ein hartes Schicksal geprägt – 1996 starben ihre jüngste Tochter Carolin durch einen Unfall sowie ihr Ehemann –, gründete sie, gemeinsam mit der ehemaligen Boltenhagener Bürgermeisterin Christiane Meyer 2017 das Trauercafé „Vergissmeinnicht“. Außerdem initiierte sie den

ersten „Tag der Älteren“ im Ostseebad und ist zudem Kassenprüferin im Landesseniorenbeirat.

Bis auf Warin und Neukloster konnte die Vernetzung in den sechs Amtsbezirken des Landkreises abgeschlossen werden. „Für unsere Arbeit ist es sehr wichtig, alle Senioren, auch im ländlichen Raum, zu erreichen“, betont Karin Lechner. „Wir sehen uns als Sprachrohr und Mitgestalter bei der Verwirklichung altersgerechter Angebote und verstehen uns als wichtiger Ansprechpartner auf Kreis- und Gemeindeebene, um die Interessen unserer älteren Mitbürger zu vertreten und gegebenenfalls energisch einzufordern.“

Gemäß dem Arbeitsplan traf sich der Vorstand des Kreissenorenbeirats jeden ersten Dienstag des Monats um 10 Uhr in der Malzfabrik. In Sprech-

stunden wurden Fragen, auch hinsichtlich der Belange der Menschen mit Behinderungen, beantwortet. Es gab vier Mitgliederversammlungen. Geworben wurde für eine hohe Teilnahme am Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“. Eine politische Bildungsreise führte zum Bundestag nach Berlin. Drei Mitglieder nahmen an der Herbsttagung in Banzkow teil. Sehr gut arbeitet der Beirat mit der Jugend und den Seniorensbeiräten im ländlichen Umfeld zusammen. Drei Seniorenskonferenzen wurden in Grevesmühlen zu den Themen Altersarmut, Bildung im Alter, ÖPNV, Betreuungsrecht und neues Pflege-stärkungsgesetz durchgeführt. 15 Schüler, die sich sehr für den Öffentlichen Personennahverkehr interessieren, waren zu Gast. Der Nahbus stellte

nach einer Seniorenkonferenz für die Heimfahrt kostenlos Busse bereit. Zu Gast war der Kreissenorenbeirat bei den Beiräten in Steinhausen/Neuburg, in Gadebusch und in Bernstorf im Hospiz. Besucht wurden auch die Hanse-

schau und die Ehrenamtsmesse sowie der Tag der Senioren in Boltenhagen. Zur Abrundung der Aktivitäten seien die Teilnahme an Ausschusssitzungen des Kreistags und die Mitarbeit an der Erarbeitung der Pflegesozialplanung

genannt. Zusammenarbeit gibt es außerdem u. a. mit dem Kreisbehindertenbeirat, dem Pflegestützpunkt, der Wohnungsgenossenschaft und dem Hospiz, nicht zu vergessen mit dem Kreisjugendring. ■

## Herr Bürgermeister, sind Sie mit uns zufrieden?

Der Seniorenbeirat der Hansestadt Wismar hatte, wie in jedem Jahr, Bürgermeister Thomas Beyer zum Gespräch in seine erste Sitzung des Jahres eingeladen. Gemeinsam wurden zahlreiche Fragen besprochen. Dazu gehörten: Können Vereine, zum Beispiel die „Tafel“ in Bad Kleinen, Anträge stellen, um das Problem zu lösen, dass in diesem Jahr die 1-Euro-Jobs wegfallen? Wie sieht der Bürgermeister die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung / Bürgermeister und dem Seniorenbeirat? Was kann die Stadt tun, um das wilde Parken in Wendorf zu beenden? Lässt sich ein einheitliches Verbundnetz Schiene – Straße schaffen? Wie sieht es mit der Verkehrsführung in der Poeler Straße bei der geplanten Unterführung aus? Wird die Außenschale des Parkhauses am Hafen noch verschönt?



Der Bürgermeister (2. v.r.) im Gespräch mit seinem Seniorenbeirat.

Außerdem ging es um einen möglichen Vertrag der Stadt mit der GEMA, die die Rechte für musikalische Aufführungen vertritt. Der Seniorenbeirat führt monatlich Tanzveranstaltungen durch. Es wäre hilfreich, wenn der Seniorenbeirat hier mit einsteigen könnte.

Gut zeigt sich die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat des Landkreises. Dort hat auch der Seniorenbeirat einen Sitz. Eine Vernetzung wäre hier von großem Wert.

*Karin Lechner*

*Vorsitzende des Seniorenbeirats*

## Hansestadt Wismar: Ein vielfältiger Jahreslauf

Aus dem Jahresbericht 2017 ergibt sich: Der Seniorenbeirat der Hansestadt Wismar besteht derzeit aus elf Mitgliedern; sie wurden im April von der Bürgerschaft der Stadt bestellt. Die Beiratsmitglieder treffen sich laut Arbeitsplan jeden ersten Donnerstag des Monats um 9.30 Uhr im Rathaus. In einer Sprechstunde jeweils am dritten Donnerstag des Monats ab 10 Uhr werden Fragen beantwortet. Die jährlich stattfindende Dankeschön-Veranstaltung für pflegende Angehörige, mit dem Pflegestützpunkt, den Pflege- und Krankenkassen, den ambulanten Pflegediensten sowie einer Apotheke, führten wir bei großer Beteiligung durch. Zu den Seniorensportspielen in

Güstrow fuhren wir in Gemeinschaftsaktion mit dem Kreissportbund mit zwei Bussen und holten einige Preise. Mit 450 Frauen wurde der Frauentag in der Markthalle in Wismar gefeiert. Große Begeisterung fanden die Zeughausgespräche, umrahmt mit einer Modenschau. Für die zweimalige Fahrt nach Bernstorf ins Hospiz interessierten sich zahlreiche Senioren. Wie andere Seniorenbeiräte arbeiten – das konnten wir durch die Teilnahme an den Regionalkonferenzen erfahren; sie wurden vom Landessenorenbeirat organisiert. Politische Bildungsreisen führten nach Berlin. Außerdem standen Erfahrungsaustausche mit Vereinen und Verbänden auf dem Jahresplan.

Eine dreistündige Fahrt mit der Kogge für Ehrenamtler führte auf die Ostsee. Was die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung betrifft, so muss die Teilnahme an den Ausschusssitzungen der Bürgerschaft genannt werden. Ein Beiratsmitglied gehört der Lenkungsgruppe Geronto an, hinzu kommt die Mitarbeit bei der Erarbeitung der Pflegesozialplanung. Zusammenarbeit gibt es auch zu Vereinen und Verbänden, zum Kreisbehindertenbeirat, zum Pflegestützpunkt, zur Wohnungsgenossenschaft, zu Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten, außerdem zur Presse und zum Filmbüro, zu den Silver-Surfern und zum Wonnemar.

*Karin Lechner*

# LANDKREIS ROSTOCK

## Justizministerin in Sanitz zu Gast

Als Mitglied des Kreissenorenbeirats Rostock hatte ich im Herbst vorigen Jahres in Gadebusch an der Regionalkonferenz des Landessenorenbeirats teilgenommen. LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich informierte über die Möglichkeit, Veranstaltungen zum Betreuungsrecht und zur Vorsorgevollmacht mit Fachleuten aus dem Justizministerium durchzuführen. Im Seniorenbeirat Sanitz ergab das große Resonanz. So vereinbarten wir über den LSB einen Termin mit dem Ministerium. Wir waren freudig überrascht, als wir erfuhren, Justizministerin Katy Hoffmeister würde uns persönlich informieren. Am 10. Januar war es soweit. Es kamen mehr Senioren, als wir erwartet hatten.

Bürgermeister Joachim Hünecke begrüßte die Ministerin herzlich, und dann begann der Vortrag. Hatten vielleicht einige Zuhörer bisher geglaubt, das Thema Betreuungsrecht – Vorsorgevollmacht sei zwar sehr wichtig, aber doch ziemlich trocken und kompliziert, mit dem man sich notgedrungen beschäftigen müsste, so wurden sie bereits nach den ersten Ausführungen von Frau Hoffmeister eines Besseren belehrt.

Die Ministerin erklärte die Zusammen-



Justizministerin Katy Hoffmeister bereicherte ihre Ausführungen mit zahlreichen Beispielen.

Foto: Justizministerium

hänge des Betreuungsrechts und deren Inhalt derart lebendig, unkompliziert, eindeutig und dazu noch kurzweilig, dass jeder verstehen konnte, worum es geht. Und nicht nur Zusammenhänge und Bedeutung wurden klar und deutlich auf den Punkt gebracht, ihre Darlegungen gingen bis zur ganz konkreten praktischen Handlungsanleitung. In der anschließenden Diskussion wurde das dann für konkrete Einzelfälle noch einmal vertieft.

Alle Zuhörer waren sehr beeindruckt

von den klaren und deutlichen Darlegungen. Der Ministerin gelang es, die Aufmerksamkeit Aller über den gesamten Vortrag hinweg zu erhalten. Rüdiger Klein, Vorsitzender des Seniorenbeirats Sanitz, bedankte sich herzlich. Die mitgebrachten Broschüren zum Betreuungsrecht waren so schnell vergriffen, dass nicht alle Teilnehmer ein Exemplar abbekommen konnten; wir hoffen auf Nachlieferung.

Christel Voigt

Kreissenorenbeirat Rostock

## Was im vergangenen Jahr geschah

Nach der letzten Vorstandssitzung des vergangenen Jahres fand am 20. November im „Jörnberg-Restaurant“ die Jahresabschlussveranstaltung des Seniorenbeirats Krakow am See statt. Es ging um die Auswertung der Beratung mit dem Sozialausschuss in Vorbereitung eines „Generationsdialogs“ im neuen Jahr, um den Bericht des Beirats zur Barrierefreiheit vor dem Behindertenbeirat des Landkreises, außerdem um den Inhalt des Arbeitsplans 2018 und die



An der Jahresabschlussveranstaltung nahmen erstmals auch Schülervertreter gemeinsam mit der Schulleiterin Frau Watzke teil.

Gestaltung des Flyers. Zuvor, am 19. November, hatten die Vorstandsmitglieder sowie weitere Mitglieder des Seniorenbeirats an der Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag auf dem Burgplatz teilgenommen

\*

Auf dem Erfahrungsaustausch aller Seniorenbeiräte des Landkreises (siehe vorhergehenden Beitrag) stellte die stellvertretende Bürgermeisterin Jutta Lorenz zu Beginn umfassend die Entwicklung und Zukunft der se-

niorenfreundlichen Stadt dar. Jürgen Poleratzki, Ehrenvorsitzender des Seniorenbeirats, gab einen Erfahrungsbericht des Beirats. „Wir können stolz darauf sein, bereits zweimal als seniorenfreundliche Kommune ausgezeichnet worden zu sein“, sagte er. Die Idee, 2019 nicht nur eine seniorenfreundliche, sondern eine „seniorenfreundliche, behinderten-, jugend- und kinderfreundliche Stadt“ zu werden, wurde von den Teilnehmern der Zusammenkunft positiv aufgenommen. Gemeinsam mit dem Sozialausschuss soll sie auf dem „Generationsdialog“ im April vorgestellt werden.

\*

Wie alljährlich fanden wieder in allen Einrichtungen der Wohlfahrtsver-



Weihnachtsfeier in der „gauden Stuuu“



Frau Emilie Döbel dankte den Mitarbeiterinnen vom Betreuten Wohnen der Volkssolidarität.

bände und der privat geführten Einrichtungen Weihnachtsfeiern statt. Der Seniorenbeirat und die Ortsgruppe der Volkssolidarität eröffneten sie am 9. Dezember im „Jörnberg-Restaurant“. Mitglieder des Vorstands nahmen an den Veranstaltungen teil. Sie konnten sich davon überzeugen, mit welchem Engagement die Mitarbeiter die Feiern für die Senioren vorbereiteten und gestalteten, so in der Tagespflege „De gaude Stuuu“. Die Bewohnerin Emilie Döbel vom Betreuten Wohnen der Volkssolidarität bedankte sich im Namen Aller auf das herzlichste für das Wohl und die Lebensqualität, die durch die Mitarbeiterinnen geboten werden.

jp

## Kennenlernen in Krakow am See

Erstmals haben sich Vertreter der Seniorenbeiräte aus dem Landkreis in Krakow am See getroffen. Einziges Thema war das gegenseitige Kennenlernen. Vertreten waren Bad Doberan, Bützow, Güstrow, Teterow, Rerik, Gelbensande, Sanitz und Kühlungsborn; es fehlte Graal-Müritz. Nach Informationen über die gastgebende Stadt durch die stellvertretende Bürgermeisterin Renate Lorenz berichtete Ehrenvorsitzender Jürgen Poleratzki über Erfolge der Krakower Seniorenvertretung. Sie steht für die einwohnerstärkste Gruppe der Stadt. Zur positiven Bilanz zählen Fußgängerüberwege, die besonders von den Älteren geschätzt werden, der Bau eines Gaststättenliftes sowie ein Flyer über den Beirat.

Für Jürgen Lorenz, den Vorsitzenden des Kreissenorenbeirats – er ist außerdem Schatzmeister des jüngst neu gewählten Landessenorenbeirats –, gibt es noch einige „weiße Flecken“, was die Präsenz von Seniorenbeiräten im Landkreis betrifft: Gnoien, Schwaan, Tessin oder Dummerstorf stünden sie „gut zu Gesicht“. In Sanitz



Jürgen Lorenz (unten links), Vorsitzender des Kreissenorenbeirats, freute sich, Vertreter fast aller Seniorenbeiräte zum Austausch begrüßen zu dürfen. Foto: Frontzek

werde „sich erst noch zeigen“, ob man einen Beirat benötige. Krakow will sich 2019 am Wettbewerb um eine

kinder-, jugend- und seniorenfreundliche Kommune teilnehmen.



## Und wie geht es weiter?

Bereits am 8. Januar befasste sich der Vorstand mit den Inhalten der Seniorenarbeit für das gegenwärtige Jahr. Einige Schwerpunkte: Im März wird Bilanz gezogen über die Arbeit seit der Auszeichnung als seniorenfreundliche Stadt 2014. 2019 soll neuerlich die Beteiligung an diesem Wettbewerb erfolgen. Für Juni ist erstmals ein öffentlicher Seniorentag vorgesehen. Im Herbst soll der Landtag in Schwerin besucht werden. In Vorbereitung sind u. a. eine Landpartie sowie Bildungsreisen. Alle Vorhaben sind im Flyer des Beirats für 2018 dargestellt. Ein Höhepunkt war der Neujahrsempfang des Bürgermeisters am 19. Januar. Ausgezeichnet mit dem Ehrenamtsdiplom wurden die Beiratsmitglieder Gisela Schwarz und Helmut Lorenz. Zur Beiratssitzung am 29. Januar war Werner Kuhn vom europäischen Parlament in Brüssel eingeladen. Aus erster Hand erfuhren wir, wie europäische Politik gestaltet wird. Sehr deutlich machte der Gast, wie wichtig für ein stabiles Europa die Zusammenarbeit aller Staaten und ihr Zusammenhalt sind. Zum Abschluss gab es eine Kaffeetafel, die von Heike Watzke und Katrin Fuhrmann mit Schülern der Klasse 4b vorbereitet worden war. Dank auch an Ingrid Schwanke, die Sekretärin des Bürgermeisters, für die Unterstützung.

jp



*Ehrung verdienstvoller Einwohner*



*Europaabgeordneter Werner Kuhn (rechts) zu Gast in Krakow.*

## Neues aus Broderstorf

**Nach längerer Pause wieder ein Beitrag aus Broderstorf bei Rostock von Edith Schröder:**

Seit ein paar Monaten gehen wir Omas nun auch zu den „Kleinen“, das heißt zu den Krippenkindern. Sie freuen sich sehr und sitzen ganz brav zusammen mit uns auf ihren winzigen Stühlchen. Zum Basteln ha-

ben wir meistens Herzen in allen Farben dabei, aber Pink ist nun mal ihre Lieblingsfarbe. Die Herzen bekleben sie mit viel Freude mit Abziehbildern, aber auch Bildchen zum Aufkleben mit Klebestift sind beliebt. Zum Schluss kommt ein Loch durch ihre Kunstwerke, und die Wahl der Qual: Welches Bändchen? – auch das schaffen sie! Dann schnell um den Hals

gehängt, in den Spiegel geschaut (ein großer Spiegel hängt in jedem Gruppenraum) – und total zufrieden spielen sie weiter mit ihren Puppen. Zwischendurch habe ich mal nachgefragt, ob sie denn wüssten, wer ich bin? Da piepste die Kleinste: „Du bist Oma Eerich“. Und das mit dem Schnuller im Mund. Welch ein schönes Erlebnis! ■

# Heute bereits bittere Realität

## Paritätischer fordert energische und nachhaltige Maßnahmen gegen Altersarmut

Ausmaß und Dynamik der wachsenden Altersarmut in Deutschland werden nach Angaben des Paritätischen Wohlfahrtsverbands erheblich unterschätzt. Nach aktuellen Berechnungen der Paritätischen Forschungsstelle steigt das Risiko, im Alter in Armut zu leben, mit jedem neuen Rentnerjahrgang dramatisch. Innerhalb von zehn Jahren habe sich der Anteil der älteren Menschen unter 70, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, verdoppelt. Zwingend notwendig sei ein sofortiger Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik, insbesondere eine Anhebung des Rentenniveaus und eine Reform der Altersgrundsicherung.

„Lange Zeit war das Armutsrisiko älterer Menschen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterdurchschnittlich. Die Menschen konnten darauf hoffen, dass sie im Alter in der Regel einigermaßen abgesichert sind. Dies hat sich in den vergangenen zehn Jahren drastisch verändert: Die Armut von Rentnerinnen und Rentnern ist so stark gestiegen wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Altersarmut ist kein drohendes Problem am Horizont, sondern heute bereits bittere Realität.“ Das betonte Dr. Joachim Rock, Rentenexperte des Paritätischen Gesamtverbands. Die Armutsquote bei Rentnerinnen und Rentnern stieg zwischen 2005 und 2016 von 10,7 auf 15,9 Prozent und damit um 49 Prozent. Besonders stark ist der Anstieg der Armut bei Männern über 65 in Ostdeutschland. Die noch immer vergleichsweise moderat erscheinende Grundsicherungsquote älterer Menschen verschleierte dabei die Dynamik der Entwicklung: Wie eine aktuelle Analyse der Paritätischen Forschungsstelle zeigt, sind die neu ins

Rentenalter eintretenden Jahrgänge sehr viel häufiger auf Grundsicherung angewiesen als noch vor zehn Jahren. Der Anteil der Grundsicherungsbeziehenden unter 70 Jahren hat sich von 2,4 Prozent (2005) auf 4,6 Prozent (2015) nahezu verdoppelt. Darüber hinaus sei gerade bei älteren Menschen die verdeckte Armut besonders hoch.

„Die rentenpolitischen Reformen der vergangenen Legislaturperioden haben erdrutschartige Verwerfungen ausgelöst. Wenn wir Armut und Bedürftigkeit im Alter heute bekämpfen und für die Zukunft verhindern wollen, müssen die politischen Weichen umgehend neu gestellt werden“, so Joachim Rock. Mit Blick auf den aktuellen Rentenversicherungsbericht appelliert der Paritätische an die Politik, nicht auf Beitragssenkungen zu setzen, sondern stattdessen die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbessern. Der Verband fordert insbesondere eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und darüber hinaus gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut. In einem Konzept hat der Paritätische dazu konkrete Vorschläge formuliert.

Als alarmierend bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband Ausmaß und Dynamik der wachsenden Altersarmut in Deutschland. Zwingend notwendig sei ein sofortiger Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik, insbesondere eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung. „Die Armut von Rentnerinnen und Rentnern ist in den vergangenen Jahren so stark gestiegen wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Armut ist ein Schicksal, von dem Menschen im Rentenalter mittlerweile überdurchschnittlich und beson-

ders hart betroffen sind“, so Dr. Joachim Rock. Diese Entwicklung sei kein Zufall, sondern auch eine Konsequenz aus den rentenpolitischen Reformen der letzten Jahrzehnte, mit denen beispielsweise das Ziel der Lebensstandardsicherung in der Rente dem Ziel der Beitragssatzstabilität geopfert worden sei, kritisiert der Paritätische. „Die Altersarmut wird mit hoher Dynamik in den kommenden Jahren weiter zunehmen, wenn nicht heute die politischen Weichen neu gestellt werden“, warnt Rock.

Der Paritätische fordert eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung und eine deutliche Erhöhung des Leistungsniveaus. „Wenn wir Altersarmut wirksam bekämpfen und allen Menschen im Alter ein Einkommen garantieren wollen, das ihnen ein Leben ermöglicht, das der Menschenwürde entspricht, müssen wir das gesamte Alterssicherungssystem neu aufstellen. Es wäre fatal, wenn sich die Politik jetzt allein auf die Rentenpolitik konzentriert und den großen Reformbedarf bei der Altersgrundsicherung völlig ignoriert“, unterstreicht Joachim Rock. Erforderlich sei unter anderem eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 530 Euro plus einen altersspezifischen Mehrbedarf. „Gerade für ältere Menschen, die nicht mehr im Erwerbsleben integriert sind, geht der Mangel an Geld meist auch mit einem besonderen Mangel an sozialer Teilhabe einher. Da die Regelleistungen nur für vorübergehende Notlagen konzipiert sind, ältere Menschen aber in aller Regel dauerhaft darauf angewiesen sind, fordern wir einen Zuschlag für ältere Menschen um zehn Prozent.“

***Viele Menschen sind zu gut erzogen, um mit vollem Mund zu sprechen, aber sie haben keine Bedenken, es mit leerem Kopf zu tun.***

*Oscar Wilde (1854-1900), irisch-engl. Schriftsteller*

# Auch im Alter wollen wir gut leben

Quartiersentwicklung wird auch Thema auf dem 12. Deutschen Seniorentag sein

„Es kommt nicht nur auf die individuelle Gesundheit, sondern auch und gerade auf den Ort an, in dem wir leben, wenn wir im Alter gut leben wollen.“ Das sagt Prof. Dr. Thomas Klie vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung der Evangelischen Hochschule Freiburg. „Es gilt in einem Miteinander von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft die Bedingungen gu-

ten Lebens vor Ort zu erhalten, zu sichern und zu fördern.“ Prof. Klie hat den Siebten Altenbericht der Bundesregierung mitverfasst und sich mit der Rolle der Kommunen in der alternden Gesellschaft befasst.

Quartiersentwicklung und Quartiersarbeit werden sich auch auf dem 12. Deutschen Seniorentag widerspiegeln, der vom 28. bis 30. Mai in den

Westfalenhallen in Dortmund stattfindet. Beide Themenbereiche zeigen sich äußerst vielfältig, weil daran immer auch eine Vielzahl von Akteuren beteiligt ist. Bei der Entwicklung von Quartieren sollen sich Angebote für alle Bevölkerungsgruppen mit ihren unterschiedlichen Bedarfsformen und Bedürfnissen wiederfinden. ■

# Das Interesse an Informationen ist groß

Kompetentes Zentrum in Berlin macht kostenloses Online-Angebot

Eine Studie des Zentrums für Qualität in der Pflege Berlin (ZQP) mit über 1000 Befragten macht deutlich: 72 Prozent der über Fünfzigjährigen haben großes Interesse an Informationen zur Prävention von Gesundheitsproblemen. Allerdings zeigt sich bei den Befragten, die Erfahrungen mit der Versorgung eines pflegebedürftigen Menschen haben, wie schwie-

rig es sein kann, die Gesundheit eines Pflegebedürftigen zu schützen und zu fördern. Weniger als die Hälfte (46 Prozent) der befragten pflegenden Angehörigen war nach eigener Aussage von einem Pflegeberater oder Pflegedienst darüber informiert worden, wie man gesundheitlichen Problemen des Pflegebedürftigen vorbeugen kann. Dabei kann Gewalt in der Pflege vor-

gebeugt werden, wenn die notwendige Sensibilität und das Wissen dazu stärker ausgeprägt wären. Das ZQP hat ein neues, kostenloses Online-Angebot zur Gewaltprävention in der Pflege erarbeitet, das sich gleichermaßen an Interessierte ohne Vorwissen wie an Fachleute richtet: [www.pflege-gewalt.de](http://www.pflege-gewalt.de) ■

# Juristische Konsequenzen? – Fehlanzeige!

BIVA: 15 000 Menschen ohne „angemessenen Ernährungszustand“

Tausende von pflegebedürftigen Menschen in Deutschland sind unterernährt, müssen unter vermeidbaren Schmerzen leiden oder werden fixiert. Wieder einmal weist der Pflegequalitätsbericht des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen (MDS) auf die gravierenden Mängel im Pflegesystem hin. „Jeder einzelne Fall müsste juristische Konsequenzen haben“, sagt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschatzbundes.

Die Leiden, die Pflegebedürftige ertragen müssen, werden in dem Bericht nur in Prozentzahlen angegeben, die das wahre Ausmaß verschleiern. Es wird

durch die hochgerechneten absoluten Zahlen jedoch erst wirklich deutlich: Fast 15.000 Menschen weisen keinen „angemessenen Ernährungszustand“ auf, das heißt, sie sind unterernährt. Rund 10.000 Menschen mit chronischen Schmerzen erhalten nicht die ärztlich verordneten Medikamente, und bei mehr als 5.000 Menschen liegt keine Genehmigung für freiheitseinschränkende Maßnahmen (z. B. Fixierungen) vor. Dies ist nur eine kleine Auswahl der Missstände, die es abzuschaffen gilt.

Alle drei Jahre wird dieser Bericht veröffentlicht. Er ist eine typische Momentaufnahme von dem, was sich

täglich in den Heimen abspielt. „Doch nirgendwo“, so Stegger, „werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen.“

Der BIVA-Pflegeschatzbund verlangt bei aufgedeckten Pflegemängeln sofortige Maßnahmen, die sich nicht auf die Beratung der Einrichtung beschränken, wie es meist der Fall ist. Bei Feststellung von Mängeln muss eine sofortige Information aller Bewohner und deren Angehörigen erfolgen. Es müssen klare Fristen bis zu Abstellung der Mängel gesetzt werden. Geschieht dies nicht, müssen ordnungsrechtliche Sanktionen gegenüber der Einrichtung erfolgen. ■

## Mehr Rentner arbeiten

Elf Prozent der Senioren zwischen 65 und 74 Jahren arbeiten auch während des Rentenalters noch. Das hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden für das vergangene Jahr mitgeteilt. Umgerechnet sind das 942 000 von 8,3 Millionen Rentnern. Vor zehn Jahren erreichte der Anteil erst fünf Prozent, und die gesetzliche Grenze zur Altersversicherung lag bei 65 Jahren. Seit 2012 wird die Altersgrenze schrittweise auf 67 Jahre angehoben; Ende 2016 betrug sie 65 Jahre und fünf Monate. Erwerbstätig zwischen 65 und 74 Jahren waren zu jener Zeit 15 Prozent der Männer und acht der Frauen. ■

## IMPRESSUM

### Herausgeber und

### Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,  
Haus der Begegnung Schwerin,  
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,  
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,  
Fax: (0385) 5 55 89 61  
E-Mail: [lsb@landesseniorenbeirat-mv.de](mailto:lsb@landesseniorenbeirat-mv.de)  
[www.landesseniorenbeirat-mv.de](http://www.landesseniorenbeirat-mv.de)

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich  
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,  
Gleichstellung und Soziales Mecklen-  
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht  
mit der Meinung der Redaktion überein-  
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe  
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
15. Februar 2018; Redaktionsschluss  
für Nr. 2/2018: 15. Mai 2018

## Höger rut

Ein Käwer sett'te Flusen  
in'n Kopp sick unscheniert  
un künn nich mihr verknusen,  
tau loopen up de Ierd.

Wotüm kann ick nich fleigen  
so as de Smetterling  
un up de Blaumen weigen  
hier up den'n gräunen Brink!

Lat mi dat eins versäuken,  
so dacht hei driest bi sick.  
Dat möt ick mal utkläuken,  
womöeglich heww ick Glück.

Sien dünnen Beinings zappeln  
vöt luder Ungedür,  
den'n Halm fix tuptaukrabbeln  
tauhöchten Spier üm Spier.

Kein Grund, glik uptaugäben,  
wenn swor de Weg ok dücht.  
Von baben hett dat Läben  
taumeist ein anner Sicht.

Un iewrig krüppt hei höger  
in swart un bunt Kleedaasch,  
bet hei dat Enn' süht nehger.  
Nu brukt hei all sien Kraasch.

De Grashalm bögt sick nedder,  
de Rieder föllt von't Pierd.  
Dot hett de Ierd em wedder,  
so as sick dat ok hört.

Ursula Kurz

*Am 25. Januar beging die Grande Dame der plattdütschen Lyrik in  
ihrer Geburtsstadt Wittenburg ihren 95. Geburtstag; die 1993 entstandene  
Parabel widmete sie dem Redakteur des **Seniorenkuriers**.*



**Informieren Sie sich.  
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege  
Kurzzeitpflege  
Verhinderungspflege  
Urlaubspflege  
Betreutes Wohnen  
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine  
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre  
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei  
einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Ver-  
weilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet  
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens  
begleiten.



**Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin**

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

[www.wohnpark-zippendorf.de](http://www.wohnpark-zippendorf.de)